

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.

Abonnementspreis 1,00 Mark pro Quartal egl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 69, Urbanstr. 63 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate

pro viergespaltene Beizeile 60 Pf.; für Verbandsmitglieder 40 Pf.; Stellenangebote 40 Pf.; Berichtigungsangelegenheiten 20 Pf. Privatangelegenheiten ist der Betrag beizufügen.

Nr. 48.

Berlin, den 23. November 1912.

28. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Ergebnisse unserer Berufsstatistik vom November 1910 sind nun unter dem Titel „Statistische Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Buchbinderei und verwandten Gewerben“ im Druck erschienen.

In dem Werke wird neben einer ausführlichen Bearbeitung der Ergebnisse unserer Berufsstatistik auch die Ausbreitung unseres Berufes nach der amtlichen Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 in eingehender Weise geschildert. Es gibt nicht nur Aufklärung über die Ausdehnung der einzelnen Branchen unseres Berufes und über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Berufsangehörigen, sondern es schildert auch die Entwicklung der Buchbinderei und der Kartonnagenfabrikation seit dem Jahre 1882, nach den Veröffentlichungen des reichsstatistischen Amtes. Dadurch ist insbesondere den in der Agitation tätigen Funktionären des Verbandes manches Wissenswerte geboten, das ihnen bei ihrer Tätigkeit für die Organisation gute Dienste leisten wird.

Aber auch die übrigen Berufsangehörigen sollten über die bestehenden Verhältnisse möglichst genau unterrichtet sein, es kann daher allen Kollegen und Kolleginnen die Anschaffung des Buches nur empfohlen werden.

An die Mitglieder des Verbandes wird das Buch zum Vorzugspreis von 1 Mark abgegeben (einschließlich Porto 1,30 Mk.). Der Selbstkostenpreis stellt sich bei dem umfangreichen Werke — 36 Bogen stark und gut gebunden — natürlich bedeutend höher, es ist daher wohl zu erwarten, daß die Mitglieder von diesem günstigen Angebot ausgiebigsten Gebrauch machen werden. Um Porto zu sparen, empfiehlt es sich, mehrere Bestellungen auf einmal zu machen. Das Porto kostet für den einzelnen Band in Schutzkarton 30 Pf., für ein Postpaket mit 2 bis 5 Exemplaren 50 Pf. ohne Bestellgeld.

Für Nichtmitglieder kostet das Buch 6,30 Mark einschließlich Porto.

2. Für die vom Internationalen Sekretariat veranlaßte Erhebung über den Umfang der Frauenarbeit in der Buchbinderei und der Kontobuchbranche sind die am 15. August dieses Jahres ausgegebenen Fragebogen bisher erst von 65 Gau- und Zahlstellenverwaltungen an uns eingesandt, während 80 Verwaltungen dieselben noch nicht zurückgesandt haben. Wir ersuchen um sofortige Einsendung der noch ausstehenden Fragebogen, da wir die Zusammenstellung nicht länger mehr hinausschieben können.

Beim Ausfüllen der Fragebogen ist besonders zu beachten, daß klar daraus zu erkennen ist, was für Arbeiten und unter welchen

Bedingungen als Gehilfenarbeit zu bezeichnende Arbeiten von Arbeiterinnen ausgeführt werden.

3. Das neue Adressenverzeichnis ist in der abgelaufenen Woche an alle Zahlstellen- und Gauverwaltungen versandt worden.

4. Ausgeschlossen auf Grund des § 16b des Statuts wurden in Berlin: die Kartonzuschneider Schilsky, Hugo, aus Berlin, Buch-Nr. 4341, Heidenreich, Hermann, aus Leopoldshall, Buch-Nr. 104 704; der Buchbinder Lillich, Oskar, aus Leipzig, Buch-Nr. 118 626; die Buchbinderei-Arbeiterinnen Kappler, Johanna, aus Dresden, Buch-Nr. 31 480, Schulz, Berta, aus Kirchhain, Buch-Nr. 119 759.

Der Verbandsvorstand.

Organisationszwang und Staatsgewalt.

I.

Den ungeheuren Druck, den die Unternehmerkarielle auf alle die Berufsgenossen ausüben, die sich ihrem Willen nicht fügen wollen, haben wir bereits mehrfach eingehend geschildert. Hierbei ergab sich, daß Leute, die ihre Kollegen in bezwärtigen Weise terrorisieren, wahrlich keinen Grund haben, über den Organisationszwang der Gewerkschaften sich zu entrüsten. Auch die Arbeitgeberverbände führen eine Gewalt Herrschaft gegen ihre unorganisierten Berufsgenossen, die zum Himmel schreit. Sie wenden ebenfalls das Mittel der Material- und Kreditperre, sowie die Berufszerklüftung an, um unbotmäßige Kollegen an der Ehre und am Geldbeutel zu schädigen. Ihr Ziel ist ausgesprochenemmaßen die Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der Betroffenen, und daß sie dies Ziel auch manchmal erreichen, geht aus einer Aeußerung hervor, die der Oberstschafmacher Freiherr von Meiswitz am 24. Oktober 1905 auf der Generalversammlung Schleswig-Holsteinischer Arbeitgeberverbände in Mendelsburg gemacht hat. Mit der Miene eines römischen Triumphtors und unter dem wütenden Beifallsgeklätsche der Defektierten teilte er mit, „daß drei cum infamia relegierte frühere Mitglieder in Hamburg ihre Geschäfte hätten schließen müssen“. Diese burschikose Nebenbemerkung, die der Studentenprophet entlehnt ist, will besagen, daß man drei Mitglieder, die sich mit ihren Arbeitern verständigt hatten, mit Verachtung aus dem Verbands herausgeworfen und daß man sie wirtschaftlich totgemacht habe. Und eines solchen Heldentums rühmt sich ein Mann, der allwöchentlich in seiner „Arbeitgeberzeitung“ Protokollstränen vergießt über den angeblichen Terrorismus der Arbeiter. Pfui über eine solche Heuchlerstippe! Wie sagt doch Schiller: „Fallen in Ohnmacht, wenn sie eine Gans bluten sehen und klatschen in die Hände, wenn ihr Nebenbuhler bankrott vor der Börse geht“. Aber der preußische Staatsanwalt, der jeden Arbeiter, der einen Streikbrecher auch nur schief ansieht, mit harter Faust ins Genick packt, steht lächelnd dabei, wenn ein Arbeitgeberverband seine abgefallenen Mitglieder rücksichtslos kaputt macht. „O tempora, o mores — o Zeiten, o Sitten!“ würde der alte Cicero sagen, wenn er noch lebte.

Gegenüber dem Terrorismus der Unternehmerkarielle und Arbeitgeberverbände stehen dem Gewerkschaften eigentlich nur spärliche Zwangsmittel zur Verfügung, um die Arbeiter in die Organisation

hineinzubringen und sie darin festzuhalten. Einen wirtschaftlichen Druck können sie kaum ausüben, da die unsozialistischen Elemente ohne weiteres an den Errungenschaften der Organisation teilnehmen: es sind dies eben Schmarotzer, die sich an den Tisch setzen, den andere Leute gedeckt, und die die Kaskantien verzeihen, die andere aus dem Feuer geholt haben. Die einzige Möglichkeit, dem Unorganisierten wirtschaftliche Nachteile zuzufügen, ist die Weigerung, mit ihnen zusammen zu arbeiten und die Forderung, daß der betreffende Arbeitgeber nur organisierte Arbeiter beschäftigen soll. Dieses an sich durchaus berechtigzte Mittel, das weder vom Standpunkte der Moral noch des Rechts anfechtbar ist, hat aber nur selten den gewünschten Erfolg, da die Arbeitgeber den heftigsten Widerstand leisten; sie wollen sich von ihren „lieben Kindern“ nicht trennen, die sie im Gegenteil noch verhätscheln und außerdem wollen sie sich darüber keine Vorstrafen machen lassen, welche Arbeiter sie beschäftigen dürfen und welche nicht. Da auch die gesellschaftliche Achtung bei den Unorganisierten und Streikbrechern nicht verfangt, so bleiben eigentlich nur persönliche Mittel übrig. Der organisierte Arbeiter, der gelernt hat, daß ein körperlicher Zwang seine Wirkung verfehlt und daß es keinen Zweck hat, Kollegen durch Schimpfen oder Prügel in die Gewerkschaft hineinzutreiben, hat kein anderes Mittel, als daß er auf den Verstand, das Gefühl und den Willen seiner Kollegen einwirkt. Er muß sie aufklären über das Wesen des modernen Kapitalismus, er muß ihr Klassenbewußtsein wecken und das Solidaritätsgefühl pflegen, er muß an ihre Ehre als Mensch und Arbeiter appellieren und schließlich muß er ihren Willen stärken, daß sie ihrer Pflicht als ehrliebe Kollegen nachkommen. Und wenn all sein Bemühen fruchtlos ist, so bleibt ihm nichts anderes übrig, als daß er erklärt, er wolle mit Leuten, die aus Bequemlichkeit, Geiz, Feigheit oder Speichelleckerei dem Verbands fernbleiben, nichts mehr zu tun haben. Hier spielen gefühlsmäßige Momente eine wichtige Rolle, die man verstehen muß, wenn man einen Einblick tun will in das Verhältnis zwischen organisierten und unorganisierten Arbeitern.

Die organisierten Arbeiter kennen ihre unorganisierten Kollegen und sie kennen auch deren moralische Minderwertigkeit. Leider ist diese Kenntnis noch viel zu wenig verbreitet in den bürgerlichen Gesellschaftskreisen, die in den Unorganisierten Idealgestalten erblicken und die einem Streikbrecher am liebsten einen Lorbeerkranz ums Haupt flechten möchten. Sachkenner sind anderer Meinung. Der Regierungsrat Dr. Nestner urteilt auf Grund langjähriger Beobachtung und eingehenden Studiums: „Es ist ein Verstum anzunehmen, daß ehrgeizige und originelle Männer sich der Organisation entziehen und diese Ansicht wird auch in der speziell gewerkschaftsfeindlichen Literatur von Zeit zu Zeit vertreten. Eine solche Meinung mag dann noch zugehört haben, als der einzelne tüchtige Arbeiter darauf rechnen konnte, im Laufe der Zeit selbständiger Unternehmer zu werden. In der Gegenwart, wo dies nur noch vereinzelt vorkommt, wird der Arbeiter wohl selten durch solche Ziele beeinflusst. Zum mindesten innerhalb der modernen Großindustrie kann er im allgemeinen nur durch den Zusammenschluß mit andern, aber nicht mehr durch Arbeiten auf eigene Kraft eine Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen. Die eigentliche Masse der Unorganisierten setzt sich dagegen, worin wohl alle ob-

jektiven Beurteiler übereinstimmen, aus der Schar der Indifferenten zusammen, solchen Arbeitern, die die Organisationsidee noch nicht erfaßt haben, die Vorteile des Zusammenschlusses noch nicht mit den Händen greifen können, die sich vor den hohen Beitragskosten oder andern Schwierigkeiten scheuen. Welch enorme Schwierigkeiten es kostet, den Indifferentismus zu überwinden, davon weiß jeder, der sich mit Organisieren beschäftigt hat, zu erzählen. Der Indifferentismus findet sich im allgemeinen um so stärker ausgeprägt, je geringer Lohn und Bildung sind und je weniger das betreffende Gebiet in das moderne Wirtschaftsleben einbezogen ist. Gelernte Arbeiter haben sich überall rascher und leichter organisieren lassen, als ungelernete. Wo Frauennarbeit überwiegt, wo die Hausindustrie weit verbreitet ist, wo die Beschäftigung eine unregelmäßige ist, dort ist überall die Organisation sehr erschwert. In verschärftem Maße gilt dies von ausländischen Arbeitern aus kulturell niedriger stehenden Ländern." Das heißt also in kurzen Worten: Unorganisierte Arbeiter sind geistig, wirtschaftlich und moralisch rückständig, das Fehlen einer Organisation ist ein Beweis für geistige, wirtschaftliche und moralische Minderwertigkeit.

Abgesehen von dem Indifferentismus und der Rückständigkeit weiter Arbeitermassen haben die Gewerkschaften noch mit dem Gegenbruch der Arbeitgeber und Behörden zu rechnen. Noch immer ist in vielen Betrieben die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft verboten, sei es daß sich die Arbeiter bei der Einstellung kontraktlich oder auf Ehrenwort verpflichten müssen, keiner Gewerkschaft anzugehören, sei es, daß ihnen im Fall, daß sie sich organisieren, die Kündigung und Entlassung bevorsteht. Wir können die Ungeniertheit, mit der die Scharnacher das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht der Arbeiter mit Füßen treten, nicht besser illustrieren, als durch den Satz der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ vom 14. Juli 1907, der da lautet: „Man kann nicht oft genug wiederholen, daß es erlaubt ist, Arbeiter zum Austritt aus der Organisation zu zwingen.“ Und was die Behörden anbelangt, so tun sie nichts, aber auch rein gar nichts, um die Organisationsfreiheit der Arbeiter gegen den Unternehmerterrorismus zu schützen, im Gegenteil, sie leisten diesem Terrorismus nach besten Kräften Vorschub. Sie drücken beide Augen zu, wenn sie bemerken, daß die Unternehmer eben den Arbeitern die Koalitionsfreiheit rauben, während sie andererseits den Organisationszwang der Gewerkschaften aus bitterste verfolgen, weil die Freiheit der Unorganisierten geschützt werden müsse. Ist es doch vorgekommen, daß Gerichte Arbeiter schwer bestraft haben, die auf ihre Kollegen einen unerlaubten Druck ausgeübt hatten, daß sie aber Unternehmern und andern bürgerlichen Berufsständen einen Freibrief ausgestellt haben für den schlimmsten Terrorismus. Das Dresdener Oberlandesgericht hat entschieden, es sei kein Verstoß gegen die guten Sitten, wenn Unternehmer ihre Ar-

beiter auf die Straße werfen, weil jene sich der Gewerkschaft angeschlossen hatten, es liege hier überhaupt kein Zwang vor, sondern die Unternehmer hätten lediglich von ihrer Freiheit Gebrauch gemacht, organisierte oder unorganisierte Arbeitskraft zu verwenden, indem sie die Arbeiter vor die Frage stellten, ob sie als Unorganisierte im Betriebe bleiben oder als Organisierte den Betrieb verlassen wollten. Das ist die Logik des Straßenräubers, der mit vorgehaltener Pistole dem Wanderer die Frage stellt, ob er ohne sein Geld weitergehen oder mit seinem Gelde liegen bleiben wolle.

Es ist wirklich ein Jammer, wie sich der moderne Staat zu der Frage des Organisationszwanges stellt und wie seine Organe, die Verwaltungsbehörden und Gerichte, hier mit doppelter Elle messen. Dies Thema ist so interessant und besonders für die Gewerkschafter so lehrreich, daß wir es einmal gründlich erörtern wollen, wobei uns das feinstreife Buch als Leitfaden dienen soll.

Unsere statistischen Erhebungen.

In einem stattlichen Bande liegen nunmehr unsere im November 1910 aufgenommenen statistischen Erhebungen vor. Ueber die Ursachen der zugestandenemmaßen späten Veröffentlichung des Resultats der Erhebungen heißt es im Vorwort zu diesen: „Die Aufnahme der Statistik sollte in der Woche vom 12. bis 19. November 1910 erfolgen, die Einsendung der Fragebogen an die Zentralstelle in Berlin wurde von manchen Orten jedoch verazögert, daß im Dezember 1911 — also über ein Jahr später — noch solche eingingen. Trotz dieser langen Verzögerung und trotz wiederholt erfolgter Mahnungen haben einzelne Zahlstellenverwaltungen Material jedoch überhaupt nicht eingesandt. Rückfragen, besonders über unklare Angaben auf den Werkstat- und Ortsfragebogen waren in großer Zahl erforderlich, hatten aber nicht immer den gewünschten Erfolg. — Mit der Zusammenstellung und Verarbeitung des eingegangenen Materials konnte infolge Anhäufung anderer dringender Arbeiten im Verbandsbureau, die vorher noch erledigt werden mußten, erst am 1. April 1911 begonnen werden. Die Arbeiten mußten auch dann noch einigemal unterbrochen werden, so daß die Veröffentlichung erst jetzt erfolgen kann. . . So sehr auch wir die Verzögerung bedauern und auch zugeben, daß die Veröffentlichung einige Monate früher hätte erfolgen können, wenn sofort mit der Arbeit begonnen und diese ohne Unterbrechung fertiggestellt worden wäre, so mußte die Geschäftslage im Verbandsbureau auch mit Berücksichtigung werden.“ Mit der wirklichen Wiedergabe der Gründe des etwas verspäteten Erscheinens soll bezweckt sein, manchem ungeduldrigen Mahner zu zeigen, daß es in der Hauptsache höhere Gewalten waren, die die Verzögerung bewirkten. Neben den angeführten Gründen aber darf auch mit allem Recht auf die gewaltige Arbeitsbürde hinge-

wiesen werden, die die Bearbeitung eines solchen umfangreichen statistischen Wertes mit sich bringt, wobei dann wohl mit zu beachten ist, daß es das erstemal war, daß in unserm Verband diese außergewöhnliche Arbeitsleistung vollführt wurde. Alle früher getätigten Erhebungen bleiben an Umfang und Ausbeute weit hinter den jetzigen zurück. Es steht außer allem Zweifel, daß bei den künftigen alle fünf Jahre sich wiederholenden Erhebungen unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse manche Erfahrungen, die jetzt gesammelt wurden, entsprechende Verwendung finden werden.

Eines aber bleibt nach wie vor recht bedauerlich und das ist, daß in unseren eigenen Mitgliederkreisen die Abneigung gegen das zahlenmäßige Erfassen und Festhalten unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch eine solche große ist, daß 11 538 Verbandsmitglieder die gebotenen Angaben nicht machten, jedoch diese (mehr als der dritte Teil unserer Mitglieder zur Zeit der Aufnahme überhaupt) in den Erhebungen nicht berücksichtigt werden konnten. Zwar wurden trotzdem noch 27 688 einwandfrei ausgefüllte Personenfragebogen bearbeitet, doch ist dies kein Grund, um von einer Kritik des recht wenig Verständnisses für den Wert eines guten statistischen Materials zeigenden Teiles unserer Verbandsmitglieder abzugehen. Denn deren Verhalten ist ein Grund mit, daß unsere statistischen Erhebungen — soweit die Lohnverhältnisse in Frage kommen — noch so manche große Lücke aufweisen. Für den einzelnen war die Ausfüllung des Personenfragebogens eine so geringe Mühe — zumal an der Hand des Fragebogens Nr. 44 der „Buchbinder-Zeitung“ vom Jahre 1910 eine genaue Anleitung gegeben war. Unsere statistischen Erhebungen dienen mehrfachen Zwecken, die aber alle gleich wichtig sind und von denen jeder einzelne schon ausreichen sollte, um zu einer tätigen Anteilnahme anzuregen. Einmal soll durch sie überhaupt erst festgestellt werden, unter welchen Bedingungen unsere Kollegenschaft zu leben hat. Zum anderen soll mit ihnen die Veredlung unserer Forderungen auf Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit nachgewiesen werden und nicht zuletzt sollen sie uns das wertvollste Material für unsere Agitation liefern, denn aus regelmäßig wiederkehrenden Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse läßt sich das Wirken der Organisation — soweit sich dieses in der Richtung der Hebung unserer Lebenslage bewegt — am unzweifelhaftigsten erkennen. Alles dies aber sollten Gründe genug sein, um das Verständnis für die Notwendigkeit statistischer Arbeiten zu vertiefen.

Die vorliegende Statistik erstreckt sich über 544 Orte mit 6802 Betrieben und 90 463 Berufangehörigen. Sie beschränkt sich nicht nur darauf, das durch die Fragebogen unseres Verbandes ermittelte Zahlenmaterial wiederzugeben. Es ist vielmehr, um die Ausdehnung unseres Berufes möglichst vollständig zu erfassen, auch Wert darauf gelegt worden, die Er-

Das Feuer.

Von Marie Donat.

Sie waren am Nachmittag aufgebrochen, hatten die Nacht in der Schutzhütte zugebracht und standen schon vor Sonnenaufgang bereit, den Aufstieg auf den Gipfel zu unternehmen.

Die Besteigung war schwierig, auch war ein starker Nebel gefallen, und man befürchtete Neuschnee. Langsam stiegen die beiden Männer aufwärts. George Smith, ein älterer Engländer, und sein Führer Claude Marechal. Bei jedem zweiten Schritt mußten sie innehalten, um Atem zu schöpfen.

„Ihr Vater war schon vor Ihnen Führer?“ fragte Smith teilnehmend.

Claude schüttelte den Kopf. Er war sonst sehr schweigsam und ließ sich weder von Kilometerzählungen Vergleichen noch von überausstlichen Neuigkeiten ausfragen. Aber dieser Engländer war ihm so überaus sympathisch, daß er sich gehen ließ und über sein eigenes Leben redete; ruckweise, in großen Pausen, wie es Leute zu tun pflegen, denen schon viel Schlimmes widerfahren ist.

„Haben Sie schon etwas erspart?“ fragte Smith wieder.

„Herr, ich habe zwei Kinder, und meine Frau starb vor vier Jahren!“

Der Engländer griff nach seiner Brieftasche und entnahm ihr eine Banknote:

„Hier! Nehmen Sie doch diese 500 Frank! Wäre ich reicher, ich würde mehr für Sie tun, denn

ich habe weder Kind noch Regel, und meine lachenden Erben kümmern mich nicht! Machen Sie doch keine Geschichten, Marechal! Es ist für Ihre Kleinen!“

Der Führer war ganz gelendet. 500 Frank! Ein kleines Vermögen! Mit zitternder Stimme sagte er: „Ich danke Ihnen tausendmal, Herr! Wenn Sie schon so überaus gütig sein wollen, so geben Sie mir das Geld unten im Hotel! Es ist uns Führern verboten, während der Tour Geld anzunehmen.“

„Sie haben vollkommen recht!“ antwortete Smith. Wieder zog er die schwarze Brieftasche hervor, steckte die Banknote zu oberst in ein ganzes Bündel Geldscheine und meinte: „Ich hätte auch klüger daran getan, die Brieftasche beim Hotelportier zu lassen.“

Wieder stiegen die beiden Männer nach oben, mühsam, schweigend, mit dem harten Tritt von Lastpferden, die schweres Gut zu ziehen haben. Ein feiner Schnee wirbelte herab, der Nebel zog sich lächelnd zusammen.

„Aufgepaßt!“ rief Marechal. „Jetzt kommt der schwierige Kanon! Wollen Sie nicht vorher ruhen, Herr?“

„Nein, ich bin ganz frisch!“

Der Führer seilte Smith an, und nun begann ein mühselloses Klinken mit Händen und Knien. Claude ging voran. Plötzlich gestellte ein Schrei hinter ihm. Blühschnell schlug er seinen Fißel in das Eis, klammernte sich mit beiden Händen an ihn und entging so dem Sturze. Gott sei Dank, das Seil hielt!

Der Rud war zwar fürchterlich gewesen, aber es hielt, und der Führer gewann das Gleichgewicht wieder. Vorsichtig fing er an, das Seil aufzurollen und rief zwischenbührend immer wieder in die Gletscherspalte hinunter: „Haben Sie ja keine Angst, Herr! Halten Sie fest! Bewegen Sie sich nicht! Halten Sie fest!“

Der Engländer war schwer; mehr als einmal glaubte Claude am Ende seiner Kräfte zu sein. Endlich — endlich erschien ein bleicher Kopf über dem Felsen. Marechal packte Smith unter den Armen und zog ihn vorsichtig herauf. Der Engländer wankte, sein Kopf fiel über die Schulter des Führers. Noch einmal schlug er die Augen auf — großer Gott, der Mann starb! Er mußte beim Sturz aufgefallen sein und sich das Rückgrat gebrochen haben, denn eine äußere Verletzung war nicht zu sehen. Claude legte den Körper auf das Plateau nieder, beugte sich angstvoll über ihn und horchte — nichts — nichts! Das Herz hatte aufgehört zu schlagen.

„Der erste Mensch, der es gut mit mir meinte!“ murmelte er bitter. „Und den bringe ich als Leiche zurück!“

Ein plötzlicher Schauer schüttelte Claude. Wohl kannte er Weg und Sieg auf den Bergen, aber heute schienen sie ihm so fremd, so drohend, so fürchtbar! Der Nebel hatte sich zusammen und lauterte auf ein zweites Opfer. Schon wollte Marechal den Abstieg beginnen, um den Unglücksfall unten zu melden, als ihm das Gesicht des Engländers einfiel, jene 500 Frank, die ihm Smith für seine Kinder ge-

gebnisse der amtlichen Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 nutzbar zu machen und außerdem wurde — um die Zahl der Betriebe in den einzelnen Orten genauestens festzustellen — soweit dies möglich war, das Papieradreibbuch zum Vergleich herangezogen.

Das Werk zerfällt in zwei Teile. Der erste Teil behandelt die amtliche Berufs- und Betriebszählung von 1907. Hier findet der Interessent neben einer allgemeinen Einleitung und Erläuterung der amtlichen Statistik so vielerlei Wissenswertes über die Betriebe unseres Landes, was ihm sonst nirgends geboten ist. Neben der Zahl und der Größe der Betriebe haben wir darin einen Ueberblick über die Zahl der zur Bedienung unserer Arbeitsmaschinen notwendigen Kraftmaschinen, sowie auch über die Zahl der in der Hauptsache zur Verwendung kommenden Arbeitsmaschinen selbst. Von besonderem Interesse ist hierbei die nähere Angabe der hauptsächlichsten Maschinenarten und deren Verteilung auf die Gruppe der Buchbindereien und die der Kartonnagenbetriebe, wobei außerdem eine Verteilung auf die Größenklasse der Betriebe vorgenommen ist, was einen guten Einblick in die technischen Einrichtungen unserer Klein-, Mittel- und Großbetriebe gestattet. Die Zahlen der gesamten erwerbstätigen Personen in den Betrieben, deren Berufstellung, Alter und Geschlecht ist aus besonderen Abschnitten zu ersehen, wie auch Angaben vorliegen über das Hausgewerbe, über die Zahl der offenen Verkaufsstellen und der öffentlichen Betriebe. — Ein drittes Kapitel im ersten Teil behandelt die amtliche Berufszählung. Hier wird in der Hauptsache die soziale Stellung der berufstätigen Personen behandelt. Die Anteilsglieder der gelehrten und ungelehrten Arbeitskräfte, das Alter und der Familienstand der Erwerbstätigen und die Zahl der Familienangehörigen sowohl als auch der Witwen und Waisen verschiedener Berufsgruppen, außerdem auch die Nebenerwerbverhältnisse bietet uns dieser Abschnitt, so daß aus ihm ein Bild gezeigt werden kann von der Bedeutung unseres Berufs im gesamten Wirtschaftsleben, sind doch hierbei alle diejenigen erfasst, die ihre Existenz in ihm finden. — Ein weiteres Kapitel gibt Aufschluß über die geographische Verbreitung nach Staaten und Landesteilen, sowie nach der Gaueinteilung unseres Verbandes, wobei der amtlichen Zählung das Ergebnis unserer statistischen Erhebungen zum Vergleich gegenübergestellt wurde. — Der erste Teil wird dann abgeschlossen mit einer Abhandlung über das Organisationsgebiet unseres Verbandes.

Der zweite Teil des vorliegenden Werkes beschäftigt sich sodann ausschließlich nur mit den Resultaten unserer statistischen Erhebungen, wobei zunächst die Ergebnisse der Orts- und Werkstattfragebogen bis ins Kleinste und

vor allem nach der bei uns üblichen Brancheneinteilung gegliedert wurden. Auch die Größenverhältnisse der Betriebe — getrennt nach Branchen und nach unserer Gaueinteilung — ist hier zu ersehen. Dann folgt eine summarische Uebersicht über die Dauer der regelmäßigen Arbeitszeit und die Art der Entlohnung, Uebergearbeitet und die Zahl der bestehenden Tarifverträge.

Ohne Frage von größtem Interesse sind die Ergebnisse der Personenfragebogen, bei deren Wiedergabe ebenfalls eine Gruppierung nach Branchen, sozialer Stellung der Beteiligten im Beruf und — teilweise — nach unserer Gaueinteilung vorgenommen worden ist. Auch hier finden wir die summarischen Uebersichten über die Höhe des Verdienstes in den einzelnen Branchen und Gauein. Eine Gegenüberstellung der Arbeitszeitdauer mit der Lohnhöhe bestätigte aufs neue unsere Hauptansichten, daß je länger die Arbeitszeit ist, um so geringer die Lohnsätze sind. Uebersichten über den Familienstand, über das Alter, über die Erwerbstätigkeit nach Feierabend und über die Uebergearbeitet vervollständigen diesen Teil, dem noch nähere Angaben über die Erwerbslosigkeit infolge von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Streik oder Aussperrung und über Erwerbsbeschränkung infolge verkürzter Arbeitszeit angefügt sind. Die auch in unseren jetzigen Erhebungen sichtbar zum Ausdruck kommende Tendenz auf Gebung unserer Lebenslage wird durch vergleichende Gegenüberstellungen mit den Ergebnissen früherer Statistiken (1894, 1897 und 1900) gestützt. Eine tabellarische Uebersicht sämtlicher an der Statistik beteiligter Orte, eine Uebersicht über die Zahl der Betriebe, die Zahl der Beschäftigten, die Branchenzugehörigkeit und das Organisationsverhältnis — alles gegliedert nach unserer Gaueinteilung — schließt den allgemeinen Teil des zweiten Abschnittes ab, dem dann — in dem vorliegenden Werk den größten Teil einnehmend — die Darstellung der Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Orten folgt. Auch hierbei ist unsere Gaueinteilung streng beachtet worden. — Den Abschluß des Werkes bilden dann die Wiedergabe der verwendeten Fragebogen sowie ein alphabetisches Ortsverzeichnis.

Diese kurze Darstellung über den Inhalt unserer „Statistischen Erhebungen“ werden genügen, um unseren Mitgliedern zu zeigen, daß unser Verband mit diesen ein Werk geschaffen hat, das uns in unserem Streben nach Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse unschätzbare Dienste leisten wird. Wir wissen es nur zu gut, daß unsere Unternehmer sehr schnell dabei sind, bei eventuellen Lohnbewegungen auf die niedrigen Löhne anderer Städte hinzuweisen, um damit eine Lohnhöhung abzuwehren zu können. Wie vorteilhaft ist es da für unsere Unterhändler, auf Grund unserer einwandfreien statistischen Erhebungen oft, sehr oft sogar, den

Unternehmern das Gegenteil nachweisen zu können. Wie oft geschieht es, daß die Unternehmer mit ihren Lohnlisten operieren (ir die kein Mensch Einblick gewinnt) und dabei nicht immer einwandfrei verfahren, indem da meistens gute Lohnwachen als Regel hingestellt werden. Wie leicht sind solche Maximen zu bekämpfen, wenn wir demgegenüber auf unsere Lohnstatistiken verweisen können, die sich nicht nur auf die gute Geschäftszeit beschränken, sondern die die Durchschnittslöhne eines ganzen Jahres darstellen. Ein so gegebenes Bild ist ganz selbstverständlich ein anderes als ein künstlich rosig gefärbtes. So wird sich unsere Lohnstatistik als ein überaus wichtiges Mittel zur Förderung unserer Lohnkämpfe erweisen. Die Tatsache, die einem jeden Sachkenner ohne weiteres in die Augen fällt, nämlich die Niedrigkeit der Lohnverhältnisse und damit auch der Lebensbedingungen unserer Kollegen, diese Tatsache soll durch Zahlen erwiesen werden. Was uns das Gefühl sagt, daß eine Erhöhung unserer Lebenshaltung und folglich auch eine Erhöhung der Arbeitslöhne unter den heutigen Feuerungsverhältnissen immer mehr zu einer unabwendbaren Notwendigkeit wird, das soll durch unsere statistischen Erhebungen auch den fernstehenden Berufsgruppen vor Augen geführt werden. Die Gewerkschaften verfolgen eben mit ihrer Lohnstatistik den Zweck mit, ihren Mitgliedern die Erfolge gewerkschaftlicher Organisationsarbeit zu zeigen und den anderen Volksgenossen, besonders auch den Behörden und Unternehmern, die Berechtigung der Lohnforderungen zahlenmäßig nachzuweisen. Dieser letzte Zweck ergibt sich aus der Erkenntnis, daß die öffentliche Meinung in den wirtschaftlichen Kämpfen der Gegenwart eine bedeutende Rolle spielt.

Man ist es ganz natürlich nicht damit abgetan, daß unser Verband nicht die außerordentlich großen Kosten scheute, um eine brauchbare Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufzunehmen und zu veröffentlichen. Die Hauptsache wird sein, daß sich alle unsere Mitglieder die Vorteile der genauen Kenntnis der Lohn- und Arbeitsverhältnisse fast aller Orte in Deutschland, in denen unser Beruf vertreten ist, dadurch zunutze machen, daß sie sich in den Besitz eines Exemplars dieses Werkes setzen, dessen geringer Preis dies jedem ermöglichen dürfte. Da unsere „Statistischen Erhebungen“ nur in einer immerhin beschränkten Auflage hergestellt wurden, so ist es ratsam, sich möglichst bald in den Besitz derselben zu setzen, wobei wir noch bemerken, daß auch das äußere Gewand des Buches jeder Bibliothek zur Zierde gereichen dürfte. Das Buch wird an unsere Verbandsmitglieder zum Preise von 1,30 Mk. (einschließlich Porto) abgegeben; Nichtverbandsmitglieder zahlen für das Werk (einschließlich Porto) 6,30 Mk.

Auf den Inhalt unserer „Statistischen Erhebungen“ werden wir selbstverständlich noch näher eingehen.

geben hatte. Auch schien es ihm ratsam, die Brieftasche des Toten mitzunehmen und sie unten im Hotel zu deponieren. Er öffnete den Koff, betastete die Taschen — nichts! Nichts als ein Taschentuch, ein Federmesser und etwas lose Münze. Die Brieftasche mußte offenbar — richtig, da lag ja etwas Schwarzes am Grunde der Gletscherpalte, die schwarze Brieftasche, ohne Zweifel. Aber das ging auf Leben und Tod!

Claude dachte an seine zwei Kinder, die einsam in seinem verwitweten Heim aufwuchsen. Nur eine alte Nachbarin versorgte sie, wenn der Vater seinen Verdienste nachging. Dieses ihr Vermögen konnte Marechal nicht im Stiche lassen! Es war ja sein Eigentum, der Engländer hatte ihm die 500 Frank geradezu aufgedrängt!

Langsam und vorsichtig ließ er sich in die Spalte nieder.

Der Wüsting war entsetzlich; Claude zitterte vor Uebermüdung, Kälte und Aufregung. Zwanzigmal war er dem Abstieg nahe.

Endlich — endlich berührte er den Boden und griff nach der Brieftasche. Zwanzig Tausendfranken und zwei Geldscheine zu je 500 Frank. Den einen nahm Claude an sich; er war ja sein Eigentum!

So — und jetzt hinauf! Das Seil war seinen starken Fingern entglitten, es baumelte mehrere Meter über seinem Kopfe. Jetzt glitt auch der Fuß unglücklich ab. Claude stürzte laut auf; der Fuß war verrenkt. Sofort lehrte seine ganze Kaltblütigkeit zurück,

„Es ist noch nichts verloren!“ dachte er. „Man wird uns vermissen, eine Rettungsexpedition ausrichten; auf den Bergen hört man den Hall der Tritte weit, ich rufe, und man zieht mich mit leichter Mühe hinauf.“

Er band sein Taschentuch um den Fuß, dann humpelte er mühsam auf und ab, um sich zu erwärmen. Er war völlig erschöpft, litt grauenhaft unter der Kälte und hätte am liebsten geweint. Wenn die Rettungsexpedition nicht bald kam, so würde sie nur mehr zwei Leichen zu bergen haben.

Noch einmal raffte er sich auf, spähte umher und stieß einen Freudenstöhren aus. Da — in einer Höhlung des Felsens lagen einige Bündel Reisig und die zerbrochenen Stücke eines Weidenrutes! Lebend sammelte sie der Führer und trug sie unter einer Vorsprung, der doch etwas Schutz vor dem Winde bot. Dort errichtete er geschickt einen Holzstoß und wartete — wartete.

Die Nacht sank dunkel hernieder; Claude wartete noch immer. Nur dieser winzige Holzstoß stand zwischen ihm und dem Erfreren. Eilige Kälte durchdrang seine Glieder. Da endlich zog er seine Streichholzbüchse hervor.

Das Holz war naß! Das hatte er gefürchtet! Mit starren Augen, mit wildklopfendem Herzen rief Claude ein Bündelholz nach dem andern an. Vergebliches Bemühen!

Er verlor nun völlig den Kopf und riß zehn Bündel gleichzeitig an. Etlliche Stöbe des Korbes flüchteten auf; dann wurden die Flammen kleiner und kleiner; ein plötzlicher Windstoß löschte sie vollends.

Wenige Bündel waren noch in der Wüchse geblieben. „Ich bin verloren!“ sagte Marechal dumpf. „Wenn ich trodenes Holz hätte oder Papier — Die Banknoten des Engländers fielen ihm ein. Mit der feintigen mindestens konnte er machen, was er wollte; er würde es seinen Kindern wohl wieder einbringen!“

Die Banknote flammte lustig auf, Claude schrie vor Freude. Der kleine Holzstoß trachtete und prasselte, genau so wie das Feuer auf dem Herde seines Häuschens. Halsstuch und Führeinstest wurden in die Flamme geworfen, die sang — sang —

Wieder erstarrte das Feuer. Noch knisterten die Weiden leise — und leiser — Wie, wenn er eine zweite Banknote anzündete? Wohl gehörte ihm das Geld nicht — aber eine Anleihe — in Todesgefahr — und die Worte des Engländers klangen ihm noch in den Ohren: „Ich habe weder Kind noch Regel und meine lachenden Erben kümmern mich wenig.“

Schon streckte Claude die Hand nach der zweiten Note aus — er würde das Geld später ersehen — er —

Nein! Der Mann und sein Vermögen waren ihm, dem Führer, anvertraut; er durfte sich an den Banknoten nicht vergreifen! . . .

Am nächsten Tage fand die Rettungsexpedition den Leichnam Claude Marechals erfreren in der Felspalte. In den starken Fingern hielt er noch die schwarze Brieftasche des Engländers fest.

Unter römischer Herrschaft!

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung steht in diesen Tagen ganz selbstverständlich fast vollständig unter dem Eindruck des päpstlichen Urteils über die christlichen Gewerkschaften. Dieses Urteil — das in seinem hauptsächlichsten Teile in unserer letzten Nummer zitiert wurde — stellt eine so glatte Absage an die christlichen Gewerkschaften dar, daß man es menschlich begreiflich finden muß, wenn die Verurteilten erst einige Zeit brauchen, um sich in der durch die päpstliche Entscheidung neu geschaffenen Situation zurechtzufinden. So kommt es, daß die Auslassungen der christlichen Presse vorerst nur ein hilfloses Gestammel darstellen, das darauf zugeschnitten ist, zunächst einmal die notwendige Zeit zu erhalten, um dem Unvermeidlichen die besten Seiten abzugewinnen. Denn soweit werden sich die christlichen Gewerkschaften kaum aufschwingen — trotz der starken Worte, die schon früher gebraucht worden sind — und dem Papst und dessen Ratgebern sagen, daß sie kein Recht haben, auch nur das Geringste in die Gestaltung der christlichen Gewerkschaftsbewegung hineinzureden, zumal sie von dieser herzlich wenig verstehen. Die uns zu Gesicht gekommenen Auslassungen bewegen sich ausnahmslos auf dem Niveau, wie es anscheinend von der Zentrale der christlichen Gewerkschaften vorgeschrieben wurde und wie es z. B. die christliche „Baugewerkschaft“ wie folgt zum Ausdruck bringt:

„In Sachen des Gewerkschaftsstreites in katholischen Lager ist Sonntag, den 10. November, durch die deutschen Bischöfe eine päpstliche Enzyklika veröffentlicht worden. Wir nehmen einstweilen lediglich von der Tatsache Notiz. In den Dresdener Verhandlungen über den Gewerkschaftsstreit und den diesbezüglichen Beschlüssen wird auch durch diese neuerlichen Vorgänge nichts geändert.“

So oder ähnlich wie hier die „Baugewerkschaft“ äußerten sich auch der christliche „Holzarbeiter“ sowie „Die Gewerkschaftsstimme“, während andere, so der „Vergnapper“, vorerst noch nichts zu sagen wissen. Auch das führende Organ im christlichen Gewerkschaftsstreit, die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, vermag nur die ausgegebene Parole zum Abdruck zu bringen. Das ist — auch wenn man die verteuert ernste Situation berücksichtigt, in die die christliche Gewerkschaftsbewegung durch die päpstliche Enzyklika gebracht wurde — herzlich wenig. Denn daß durch die Stellungnahme des höchsten katholischen Würdenträgers an der Tendenz und dem Arbeiten der christlichen Gewerkschaften nichts geändert würde, das glaubt natürlich kein Mensch und schließlich am allerwenigsten diejenigen, die die oben zitierte Parole ausgegeben haben.

Um einen solchen Glauben hegen zu können, ist die Enzyklika wirklich nicht zweideutig genug. In dieser hat der Papst den Katholiken dringend ans Herz gelegt — „als eine heilige und unverletzt zu befolgende Pflicht“ — an den vom Lehramte der katholischen Kirche dargelegten Grundsätzen der christlichen Wahrheit festzuhalten, wie solche namentlich in der Enzyklika „Rerum novarum“ Leos XIII. enthalten seien, und wie sie besonders die preussischen Bischöfe ihren Beratungen zu Fulda im Jahre 1900 zugrunde gelegt haben. Die Anwendungen dieser Grundsätze auf die Arbeitervereine seien am meisten zu billigen und als bestgeeignete anzusehen, wer den Wünschen des Papstes hier nachkommt, hat sein Lob und seine volle Billigung. Die Enzyklika „Rerum novarum“, auf die der Papst heute hinweist, ist datiert vom 15. Mai 1891 und sie enthält die Grundsätze, die sich die — damals erst noch kommenden — christlichen Arbeiterorganisationen zu eigen machen sollten. Darin wurden die Arbeiter ermahnt, die „von Gott gewollte natürliche Harmonie zwischen Kapital und Arbeit nicht zu stören“. Der Papst beschuldigte darin weiter die der freien Arbeiterbewegung angehörenden Massen, daß in ihnen „die Eier nach fremder Hand“ erwacht sei. Das Bemühen der Arbeiter, durch gemeinsame Arbeitseinstellung höhere Löhne zu erringen, bezeichnete er als „Raub am rechtmäßigen Besitz“, gegen den die öffentliche Gewalt einschreiten müsse. Diesen päpstlichen Verordnungen halfen die deutschen Bischöfe durch ihre „Sirtenbriefe“ nach und die untere Geistlichkeit ließ es ebenfalls an Bemühungen, den päpstlichen Auslassungen Geltung zu verschaffen, nicht fehlen. In einem „Sirtenbriefe“ des preussischen

Episkopats (die Gesamtheit der preussischen Bischöfe) vom Jahre 1900 wurde betont, daß die katholischen Gewerkschaften ein starkes Gegengewicht gegen die freien Gewerkschaften bilden sollen, und der Klerus wurde beschworen, in der Leitung der katholischen Organisationen nichts zuzulassen, was den Ansichten des Papstes über die Arbeiterfrage widerspreche. Lebhaft setzte dann der Streit darüber ein, ob die katholischen Arbeiter lediglich streng konfessionell abgeschlossenen (rein katholischen) oder auch sogenannten christlichen (interkonfessionellen) Organisationen angehören sollten. Dieser Streit ist in den letzten Jahren bis in die neueste Zeit hinein zwischen der sogenannten „Kölner Richtung“ und der „Berliner Richtung“ mit starker Erbitterung geführt worden.

Der Papst hat sich schon längere Zeit mit diesem Streite befaßt. Beide Richtungen sind bei ihm vorstellig geworden und die Bischöfe haben ihn „informiert“. Nun wollte er mit der neuesten Enzyklika den Streit „schlichten“, aber er hat nur Del ins Feuer gegossen. Er verkündet unter Anwendung vieler religiöser bezw. theologischer Phrasen und Nebensarten den katholischen Arbeitern, daß die konfessionell-katholischen Vereinigungen, „die hauptsächlich auf der Grundlage der katholischen Religion aufgebaut sind und der Kirche als Führerin willig folgen“, unter allen Umständen die „besten, die am meisten zu billigenden“ sind. —

Gegenüber diesen klaren und bestimmten Forderungen — man lese den Auszug des päpstlichen Schreibens in letzter Nummer nach — können die christlichen Gewerkschaftsführer unmöglich den Kopf in den Sand stecken und behaupten, daß alles so bleibe, wie es war. Denn es kann eben, wenn den Worten des unfehlbaren Papstes Beachtung geschenkt werden soll, nicht alles beim Alten bleiben. Von einer Zusammenfassung der christlichen Arbeitererschaft in Zentralorganisationen kann nur noch solange die Rede sein, als dies „geduldet“ wird! Für die katholischen Fachabteilungen aber gilt eine solche Beschränkung nicht. Ihre Ausbreitung ist vielmehr mit allen Mitteln zu fördern. Für die christlichen Gewerkschaften wird erst eine besondere Zulassungserlaubnis der kirchlichen Obrigkeit gefordert, die Fachabteilungen bedürfen ihrer nicht erst. Und dazu kommt die verhängliche Fassung der Sätze, wo davon gesprochen wird, daß die reinkatholischen Vereine „sicherlich in katholischen Gegenden, und außerdem in allen anderen Gegenden, wo anzunehmen ist, daß durch sie den verschiedenen Bedürfnissen der Mitglieder genügend Hilfe gebracht werden kann, gegründet und auf jede Weise unterstützt werden müssen“.

Das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ faßt die päpstlichen Forderungen in den nachstehenden acht Punkten zusammen:

1. Rom will, daß die katholischen Arbeiter, mögen sie als Einzelpersonen oder als Vereinigung auftreten, keine Feindschaften und Zwistigkeiten unter den Ständen schüren, sondern den Frieden und die Liebe fördern — was, wenn es mehr sein soll als pastorale Salbaderei, die Absage an den Klassenkampf, die Verpflichtung zur Hundedemut und die Erzählung zum Streikbruch bedeutet.
2. Rom will, daß die katholischen Arbeiter ihre gewerkschaftlichen Bestrebungen der Aufsicht und dem Einspruch der kirchlichen Autorität unterstellen, und zwar nicht nur bezüglich der einzelnen Aufgaben: Regelung des Lohnes und der Arbeitsdauer, sondern auch bezüglich der anzuwendenden Mittel: Zustand usw.
3. Rom will, daß in katholischen Gegenden und wo es sonst angebracht ist, rein katholische Arbeiterorganisationen gegründet werden, und es verbietet, daß neben diesen auch noch gemischte, aus Katholiken und Nichtkatholiken bestehende Organisationen, d. h. christliche Gewerkschaften gegründet werden — was auf das Verbot der letzteren für bestimmte Gegenden hinausläuft.
4. Rom befiehlt den christlichen Gewerkschaften, daß sie ihre katholischen Mitglieder den ultramontanen Arbeitervereinen zuweisen, um hier von den geistlichen Leitern zu hören, wie sie sich als rechte christkatholische Gewerkschaftsmänner zu betätigen haben.

5. Rom befiehlt, daß die christlichen Gewerkschaften den Streit mit anderen katholischen Organisationen, auch wenn diese grundsätzlich und praktisch ihnen entgegengesetzt sind, einstellen. Die Bischöfe und in letzter Linie der Papst sind die Stellen, die bei etwaigen Unstimmigkeiten eingzugreifen und zu gebieten haben.

6. Rom steht grundsätzlich auf dem Boden der konfessionellen, d. h. rein katholischen Gewerkschaften nach Art der Berliner Fachabteilungen, deren Förderung es auf das wärmste empfindet. Wo ein Zusammenarbeiten von katholischen und andersgläubigen Arbeitern geboten ist, befürwortet Rom die Bildung eines „Cartells“ von katholischen und nichtkatholischen Organisationen (1).

7. Rom will die christlichen Gewerkschaften „dulden“, weil einige Bischöfe es wünschen, allerdings nur unter Auflegung gewisser Verpflichtungen und nur auf Widerruf, d. h. „solange nicht wegen neu eintretender Umstände diese Duldung aufhört, zweckmäßig oder zulässig zu sein“.

8. Rom stellt die christlichen Gewerkschaften unter Vormundschaft der Bischöfe, deren „heilige Pflicht“ es ist, „sorgfältig das Verhalten dieser Vereinigungen zu beobachten und darüber zu wachen, daß den Katholiken aus der Anteilnahme an ihnen kein Schaden erwachse“ — d. h. daß sie „keine Feindschaft und Zwistigkeit unter den Ständen der bürgerlichen Gesellschaft schüren“ und bei Streifzügen über Wesen und Dauer der Arbeit, Lohnzahlung, Zustand usw. nicht die kirchliche Obrigkeit hintanziehen!

Es gehört unter solchen Umständen wahrlich ein starker Glaube dazu, anzunehmen, es ändere sich im Leben der christlichen Gewerkschaften durch die Stellungnahme des Papstes rein gar nichts!

Aus unserem Beruf.

Die Vergoldeschule in Danzig.

Ein auf Erlangung gewisser Selbständigkeit und allgemeiner Bildung, namentlich aber besonderer technischer Geschicklichkeit berechneter Bestandteil der mittelalterlichen Zunftverfassung war die fast ausnahmslose Bestimmung, daß jeder Geselle, bevor er zur Erwerbung des Meistertitels zugelassen wurde, eine bestimmte Zahl von Jahren gewandert sein mußte. Besonders aber mußte er in den für das betreffende Gewerbe besonders berühmten Orten oder Ländern sein Handwerk ausgeübt haben. Das brachte sowohl dem Gesellen als auch dem Handwerk in der Heimat vielen Vorteil. Infolge des Fehlens unserer Eisenbahn und infolge des Mangels an Zeitschriften breitete sich ein Handwerk nicht so schnell aus und die Arbeitsmethoden waren naturgemäß nicht immer die gleichen. Der Handwerksgefelle lernte vergleichen und holte das Beste für sich heraus. In dem heutigen Zeitalter der Arbeitsteilung ist es für den Gehilfen schwerer, einen Ueberblick über den gesamten Arbeitsprozeß zu gewinnen. Er kann es meistens nur unter Zuhilfenahme von Büchern und besonderen Schulen. Der Lehrling erhält trotz der Lehrverträge keine Unterweisung in allen Fächern seines Handwerks. Er kann wohl später recht und schlecht ein Buch einbinden. Fregend eine Verzierung, Prägung oder Schnitte anzubringen, ist er selten imstande, dazu fehlen ihm eben die Kenntnisse. In kleineren Geschäften macht das der erste Gehilfe und im größeren eine andere Abteilung, zu der der Lehrling vielleicht niemals Zutritt hat. In den kleinsten Geschäften wird sich der Meister in den seltensten Fällen die Zeit nehmen, den Lehrling in allen Dingen zu unterrichten. Auch hier in Danzig wird den Lehrlingen z. B. das Vergolden usw. nicht gelehrt. Das mußte dem Handwerk natürlich selbst zum Schaden gereichen und darum hat denn nun die Zünngemeinschaft eine Vergoldeschule eingerichtet, in der ein Zünngemeister Unterricht erteilt. Verpflichtet zum Besuche sind die im letzten Lehrjahre stehenden Lehrlinge. Gehilfen dürfen ebenfalls teilnehmen. Der Unterricht wird an Sonntagen im Winterhalbjahr erteilt. Während vor ewigen Jahren der Gehilfe noch fünf Mark entrichten mußte, ist die Teilnahme am Kursus jetzt frei, jeder Teilnehmer, Gehilfe wie Lehrling, hat nur für Materialkosten aufzukommen, die pro Halbjahr etwa 2 Mk. betragen. Falls er das gebrauchte Material mitbringt, fällt auch diese Ausgabe fort. Die Gesamtkosten für die Einweihung der Schule werden jetzt getragen von Stadt, Handwerkskammer und Zünngemeinschaft zu einem Drittel. Gelehrt wird ausschließlich Nüdenvergoldung, eine große Menge Filiketen und Schriften usw. stehen zur Verfügung. Wenn auch nur Nüdenvergoldung gelehrt wird, so ist doch auch diese Kenntnis für alle die wertvoll, die der Weg in eine kleine Buchbinderei führt. Wäre die Teilnahme der Gehilfen eine größere,

so stände wohl einer Erweiterung des Unterrichts kaum etwas im Wege. Aber manche Kollegen meinen: „Ach, das brauche ich nicht“, „Da kann man doch wenig lernen“ usw. Das ist falsch! Man muß jede Gelegenheit benutzen, um zu lernen. Je mehr Kenntnisse der Arbeiter hat, um so eher gelangt er zu Selbstbewußtsein, er wird seine Arbeitsleistung mehr zu schätzen wissen. Das dürfte auch auf die Lohnhöhe einen Einfluß haben. Darum bemüht jede Gelegenheit, die sich bietet!

Bruno Schmidt.

Lehrstellenvermittlung.

Eine Versammlung der Leipziger Buchbinder-Vereinigung beschloß, das Institut der Lehrstellenvermittlung für die Zukunft zu unterlassen. Die Vermittlung von Lehrstellen soll künftig nur durch das Rechnungsbureau erfolgen.

Abchluß eines Tarifvertrages in der Stuttgarter Kartonnagen-Industrie.

Der Beschluß unserer öffentlichen Kartonnager-Versammlung vom 8. November, die Kündigung auf der ganzen Linie einzureichen, wurde durch unsere Mitglieder mit großer Einmütigkeit durchgeführt. Nachdem die Kündigung den Unternehmen zugestellt war, lehnten diese jede weitere Verhandlung mit der Organisation ab. Fast schien es, als sollten die Gepflogenheiten scharfmacherischer Unternehmerverbände eine Verzögerung vor Ablauf der Kündigungszeit unmöglich machen. Was hier von einzelnen an Einschüchterungen usw. gegen unsere Kolleginnen und Kollegen geleistet wurde, übersteigt so ziemlich alles bisher Dagewesene. In der Einigkeit der Kollegenschaft aber scheiterten diese Versuche und heute, wo die eingetretene scharfe Situation sich entspannt hat, wollen wir das Vorgefallene nicht mehr einer langen Betrachtung unterziehen. So viel steht fest, wäre es zum Kampf gekommen, er wäre auf beiden Seiten mit der größten Schärfe geführt worden.

Erst als Herr Ratsassessor Dr. Frank im Auftrage der Stadtverwaltung Einigungsverhandlungen anbahnte, kamen sich die Parteien näher und es gelang dem Vermittler, die Parteien auf einen Tarifvertrag zu einigen. Der abgeschlossene Tarifvertrag tritt am 1. Dezember 1913 in Kraft und gilt bis 30. Juni 1916. Er lehnt sich in seinem wesentlichen Teil an den Drei-Städte-Tarif an. Die Arbeitszeit beträgt 5 1/2 Stunden. Damit ist ein bedeutender Vorteil errungen, denn bisher bestand hier überhaupt nichts Einheitsliches. Durch die Herabsetzung der Arbeitszeit wird jetzt 1 1/2 bis 2 1/2 Stunden länger gearbeitet. Die Löhne für gelehrte Kartonnagenarbeiter und Buchbinder, sowie für Arbeiterinnen sind die gleichen wie im Drei-Städte-Tarif. Bei Hilfsarbeitern unter 16 Jahren unterliegt der Lohn der freien Vereinbarung. Hilfsarbeiter, die 16 Jahre alt sind, erhalten, wenn sie mindestens ein Jahr in der Branche tätig sind, im ersten Halbjahr 25 Pf. pro Stunde, im zweiten Halbjahr 28 Pf., mit 17 Jahren 30 Pf., mit 18 Jahren 34 Pf., mit 19 Jahren 38 Pf. Hilfsarbeiter im Alter von über 19 Jahren erhalten die Löhne der gelehrten Arbeiter. Ueberstunden werden nach dem Drei-Städte-Tarif entlohnt, mit Ausnahme der Hilfsarbeiter unter 17 Jahren und der Akkordarbeiterinnen. Bei Akkordbeschäftigung dürfen die bestehenden Löhne nicht reduziert werden und ist der Minimallohn plus 10 Proz. Zuschlag zu garantieren. Ein einseitiger Akkordtarif wird noch ausgearbeitet.

In einer sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung erstattete Kollege Hemminger Bericht. Er empfahl im Auftrage der Kommission und der Ortsverwaltung die Annahme des Tarifes. Nach längerer Debatte gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die am 15. November tagende öffentliche Kartonnagerversammlung nimmt Stellung zu den Ergebnissen der Vermittlung des Herrn Ratsassessors Dr. Frank und dem erfolgten Abschluß eines Tarifvertrages. Sind auch verschiedene berechtigte Forderungen nicht zur Anerkennung gelangt, so sind durch den Abschluß doch eine Reihe Verbesserungen erzielt worden. Die Versammelten stimmen deshalb dem abgeschlossenen Tarifvertrag zu und ziehen die unterm 8. November beschlossene Kündigung zurück.

Nachdem die Kartonnagenarbeiter durch das Zurückziehen ihrer weitergehenden Forderungen das größte Entgegenkommen gezeigt haben, sprechen sie die Erwartung aus, daß die von den Herren Arbeitgeber bei Beginn der Bewegung den über den Minimallohn Entlohnerten in Aussicht gestellte Lohnaufbesserung gewährt wird, um so auch für diese Arbeiter einen Ausgleich mit der vertexteten Lebenshaltung in gerechter Weise herbeizuführen.

Die Versammelten verpflichten sich auch fernerhin für den weiteren Ausbau der Organisation tätig zu sein.

In der Erkenntnis, daß nur durch eine festgefügte und geschlossene Organisation es uns möglich sein wird, auf der beschrittenen Bahn weitere Erfolge zu erzielen, erkliden die Versammelten in dem Deutschen Buchbinder-Verband als Tarifkontraenten ihre Vertretung.

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Buchbinder-Verband fand die Versammlung ihr Ende.

Zum Streik der Papierwarenarbeiter und -arbeiterinnen in Hickersleben.

Nachdem am 15. und 16. November Verhandlungen mit den Firmen Gerjon und Hoppe u. Unger stattgefunden, ist für diese Firmen am 16. November nach siebenwöchiger Dauer der Streik für beendet erklärt und wurde am Montag, den 18. November, die Arbeit in diesen beiden Betrieben wieder aufgenommen. Die Firma Westhorn ließ die zur Verhandlung bestimmte Kommission nicht vor und forderte schriftliche Einreichung der Wünsche der Arbeitererschaft. Als dieses geschah, antwortete die Firma nicht. Somit wird der Kampf gegen die Firma Westhorn fortgesetzt werden.

Die Beendigung des Kampfes machte sich notwendig, weil sich in der letzten Woche — nicht von den Streikenden, wohl aber aus anderen Bedürfnisgründen — immer mehr Arbeitswillige fanden und dadurch der Kampf aussichtslos wurde. Hat es nun auch auf den oberflächlichen Beobachter den Anschein, als sei der Streik erfolglos gewesen, so trifft dieses nur insoweit zu, als eine Anerkennung der Forderungen nicht erfolgte. Der Streik selbst brachte es mit sich, daß bei dem in den Betrieben Verbliebenen eine teilweise sehr erhebliche Steigerung der Lohnsätze erfolgte. Diese Lohnsteigerung wird auch auf die wieder in die Betriebe zurückkehrenden Arbeitskräfte nicht ohne Rückwirkung sein. Die Fabrikannten werden, wollen sie ihre in anderen Städten vertriebenen tüchtigen und geschulten Arbeitskräfte wieder haben, sich wohl dazu bequemen müssen, höhere Löhne zu zahlen.

Unter besonders schwierigen Verhältnissen hatte die Streikleitung in den letzten Wochen zu kämpfen. Das hiesige Scharfmacherorgan, den „Anzeiger für Hickersleben“, suchte durch mütende Heftartikel die Streikleitung und die Streikenden gegeneinander zu heizen. Dem Streikleiter selbst wurden „berachtungswürdige Verbrechen“ und dergleichen nachgesagt. Schließlich trieb der „Anzeiger“ es so arg, daß selbst Angehörige aus Bürgerkreisen, die der Bewegung vollständig fernstehen, sich öffentlich in der hiesigen Presse gegen dieses schmutzige Treiben des „Anzeigers“ wandten. Einen Erfolg hatte der „Anzeiger“ mit seinen Verhöhnungen und Lügenberichten nicht. Im Gegenteil, mit um so mehr Vertrauen folgten die Streikenden der Streikleitung. Es würde Spalten füllen, wollten wir der Wut der Beschimpfungen und Lügen hier wiedergeben. Vielleicht kommen wir später in einer allgemeinen Schilderung der Ursachen und des Verlaufes des Kampfes darauf zurück.

Korrespondenzen.

Gesperret sind:

- Deutschland.
Hickersleben und Umgegend (Firma Westhorn).
Brieg.
Grünstadt (Firma Schäffer).
Hagen i. W. (Firma Schlegel und v. d. Heyden).
Hainichen i. Sa.
Kroatien:
Die ganze Provinz, hauptsächlich Agrar, infolge Tarifbewegung.
Schweiz:
Neuenburg (Firma Delachaux u. Riéttlé).
Zuzug fernhalten:
Schweiz.
Basel.
Lausanne.

Grünstadt. Nachdem sich die Firma Schäffer beharrlich weigert, ihrem Personal das Recht zuzugestehen, sich im Buchbinderverband organisieren zu können, ist der Betrieb für unsere Verbandsmitglieder gesperrt! Werde nie-

mand zum Sperrebrecher. Sperrebruch ist Streikbruch!

Stettin. Hier ist augenblicklich eine Lohnbewegung im Gange, und ersuchen wir, vor Annahme von Arbeit beim hiesigen Bevollmächtigten sich zu erkundigen. Wir warnen vor allen Dingen vor den Schiffsanzeigen in der Fachpresse, zumal genügend Arbeitskräfte in Stettin selbst vorhanden sind.

Stettin. Am 9. November fand unsere vierteljährliche Hauptversammlung statt, in welcher die Abrechnung vom 3. Quartal vorgelegt wurde. Die Einnahme der Hauptkasse betrug 1045,72 Mk., während an Ausgaben 665,11 Mk. zu buchen waren. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme inklusive Bestand von 633,44 Mk., während die Ausgabe 156,93 Mk. betrug. An Neuaufnahmen waren 37 zu verzeichnen, so daß wir am Schluß des Quartals 143 Mitglieder zählen. Im 4. Quartal wurden durch eifrige Hausagitation bis jetzt weitere 30 Aufnahmen vollzogen und so können wir jetzt 171 Mitglieder rühmen. Leider mußten wir dazu übergeben, einen Hauskassierer zu wählen und ist Kollege Sachn mit diesem Amt betraut worden.

Dürkoop teilte den Versammelten sodann mit, daß der Tarifentwurf den Arbeitgebern am 30. Oktober zugesandt worden ist. Dessen hauptsächlichsten Punkte sind folgende:

Die tägliche Arbeitszeit ist eine 8stündige, außer an Sonn- und Feiertagen der gesetzlichen Feiertage. In diesen Tagen beträgt die Arbeitszeit nur 8 Stunden. Bei durchgehender Arbeitszeit beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 52 1/2 Stunden und darf ein Lohnausfall für Stundenlohnarbeiter bezw. Arbeiterinnen nicht stattfinden.

Der Minimallohn für Gehilfen beträgt: bis zum Alter von 21 Jahren 25,50 Mk., von 21 bis 24 Jahren 26,50 Mk., über 24 Jahren 27,50 Mk., im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 21,50 Mk. Mämllicher Hilfsarbeitern ist der gleiche Lohn wie Gehilfen zu zahlen. Schifffern und Hilfsarbeiter, die den Minimallohn bereits haben, erhalten bei Inkrafttreten dieses Tarifes 2 Mk. Lohnhöhung pro Woche. Akkordarbeiten sind nach dem Leipziger Tarif zu entlohnen und ist bei Stundenarbeit der Minimallohn zu zahlen. Angehende Arbeiterinnen erhalten im ersten Vierteljahr pro Woche 7 Mk., im zweiten 8 Mk., im dritten 9 Mk., im vierten 10 Mk. Geübte Arbeiterinnen, das heißt solche, die bereits ein Jahr im Beruf tätig waren, erhalten: 11 Mk., nach einem weiteren halben Jahre 11,50 Mk., nach zwei Jahren 12 Mk. Arbeiterinnen, welche eine vierwöchentliche Lehrzeit an der Buchst-, Fadenst- oder Falzmaschine zurückgelegt haben, erhalten pro Woche 14 Mk. Arbeiterinnen, welche bereits den Minimallohn und darüber haben, erhalten bei Inkrafttreten dieses Tarifes 1 Mk. Lohnhöhung pro Woche.

Ueberstunden sind die ersten drei Stunden mit 33 1/2 Proz., jede weitere mit 50 Proz., Sonn- und Feiertagsarbeit ebenfalls mit 50 Proz. Aufschlag zu entlohnen.

Lehrlinge dürfen gehalten werden: in Betrieben bis 3 Gehilfen 1, bis 6 Gehilfen 2, bis 9 Gehilfen 3.

Gehilfen, Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen ist nach einjähriger Tätigkeit ein Urlaub von 3 Tagen, nach zweijähriger von 4 Tagen, nach dreijähriger von 5 Tagen und nach vierjähriger von 6 Tagen unter Fortbezahlung des Lohnes zu gewähren.

Bei Streitigkeiten aus diesen Tarifbestimmungen steht es beiden Parteien frei, die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zu beantragen, das zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt ist.

Der Tarif soll am 1. Januar 1913 in Kraft treten und am 30. September 1915 enden.

Die Prinzipalvereinigung hat am 2. November bereits geantwortet, daß die Verhandlungen beschleunigt werden sollen, damit der Tarif bald abgeschlossen werden kann.

Münchberg-Büsch. Die vierteljährliche Hauptversammlung vom 10. November war sehr schwach besucht. Dem vom Kollegen Weinländer erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Geschäftsgang hauptsächlich in den Anlaufstufen sehr klar war, was natürlich auf die Agitation sehr nachteilig wirken mußte. Die Verwaltung erlebte ihre Geschäfte in üblicher Weise. In 2 Mitgliederberatern referierte Weinländer über „Streikrecht“. Der schriftliche Bericht war ebenfalls wieder sehr rege und die Agitationskommission mußte vollständig neu gebildet werden, damit wieder alles so gehen konnte, wie es sein muß. Die Art der Agitation kann nicht in eine Schablone gegemäßt werden, es muß die Hausagitation mit Wortstabenversammlungen verbunden werden. Damit hat man in der letzten Zeit gute Er-

fahrungen gemacht. Unsere Kollegen und Kolleginnen müssen sich aber noch weit zahlreicher zur Verfügung stellen, hauptsächlich zur Hausagitation. Bei der großen Ausdehnung von Nürnberg-Fürth und den Hunderten von primitiven Kleinbetrieben kann eine erfolgreiche Agitation nur dann geleistet werden, wenn sich in Zukunft mindestens die drei- bis vierfache Anzahl von Kollegen und Kolleginnen zur Verfügung stellt. Auch durch die Vertrauensleute muß in den Betrieben selbst noch intensiver Propaganda gemacht werden. Einige Vertrauenspersonen haben ganz Hervorragendes geleistet, was zur Nachahmung dringend empfohlen werden muß. Alle Mitglieder sollen es als ihre heilige Pflicht betrachten, Adressen von Indifferenten im Bureau einzuliefern. Guter Wille und Energie und Ausdauer bleiben nie ohne Erfolg, was der Umstand deutlich zeigt, daß in den vergangenen sechs Wochen 60 Aufnahmen zu verzeichnen sind. Gar kein Zweifel besteht darüber, daß noch weit bessere Erfolge erzielt werden können, wenn die mühevolle Kleinarbeit nicht wenigen Personen aufgehängt wird, sondern wenn jedes einzelne Mitglied die Bewaltung und Agitationskommission tatkräftig unterstützt. Die Mitgliederzahl weist einen Rückgang von 45 auf, der aber durch die Neuaufnahmen reichlich gedeckt ist.

In der Diskussion besprach Klamm ebenfalls die Art, wie die Agitation unter den vorliegenden Verhältnissen fruchtbringend gestaltet werden müßte und forderte zur fleißigen Mitarbeit auf. Beobachtet wurde, daß die Ausführungen des Kollegen Weinländer nicht von einer größeren Mitgliederzahl gehört wurden. Es sei Pflicht der wenigen Anwesenden, dafür zu sorgen, daß das Gehörte in weite Kreise unserer Mitglieder getragen wird.

Ueber Lohnbewegungen berichtete G e r b e r. Abgesehen von einer Anzahl Differenzen weniger schwerwiegender Natur wurde in zwei Betrieben je eine Stunde Arbeitszeitverkürzung erzielt. Außerdem wurde der erste Tarif gemeinsam mit dem Verband der Lithographen und Steindruckern und dem Buch- und Steindruckerei-Gilfsarbeiterverband in einer größeren Kunstanstalt abgeschlossen. Die Minimallöhne wurden bei dieser Gelegenheit für Gehilfen auf 27 Mk. und für Arbeiterinnen auf 13 Mk., für Spezialarbeiterinnen auf 14 Mk. pro Woche gebracht. Was erreicht wurde, ist auf dem Wege friedlicher Unterhandlungen zustande gekommen, ein Beweis dafür, daß bei wachsender Stärke der Organisation so manche Verbesserung ohne Kampf erreicht werden kann.

Die Verbandskasse hatte eine Gesamteinnahme von 4178,15 Mk., der eine Ausgabe von 4301,52 Mk. gegenübersteht. Die Lokalfasse erzielte eine Gesamteinnahme von 2618,17 Mk., die Ausgaben betragen 995,61 Mk. Weinländer wies an einigen Stichproben nach, wie sich das Verhältnis der ausgezahlten Kranken- und Arbeitslosenunterstützung zu den geleisteten Beiträgen der einzelnen Beitragsklassen gestaltet. Bis jetzt hat noch kein Quartal einen so hohen Prozentsatz der genannten Unterstützungen aufzuweisen wie dieses, ein Beweis dafür, daß die Konjunktur allgemein sehr flau war.

Unter „Verbandsangelegenheiten“ fanden noch einige örtliche Angelegenheiten ihre Erlebigung. Zu erwähnen ist noch die für Fürth ab 1. Oktober getroffene Einführung von Sprechstunden, welche jeden Freitagabend von 1/6 bis 1/8 Uhr im Jugendheim des Arbeitersekretariats stattfinden. Die Frequenz beweist, daß damit einem oft sehr nachteilig empfundenen Mangel abgeholfen wurde. Ueber 400 Mitglieder, die in Fürth wohnhaft sind, haben nun eine Stelle, an der sie Auskunft in allen mit dem Beruf im Zusammenhang stehenden Angelegenheiten erhalten können. Gleichzeitig werden hierbei auch die Unterstützungen ausgezahlt und Krankmeldungen usw. entgegengenommen.

Leipzig. In der am 11. November stattgefundenen Generalversammlung wurde der Geschäfts- und Kassenbericht vorgelegt. Derselben ist zu entnehmen, daß die Kasselle im 3. Quartal einen Gewinn von 7 männlichen und 37 weiblichen Mitgliedern verzeichnet und einen Bestand von 2285 männlichen und 2220 weiblichen, in Summa 4505 Mitgliedern aufweisen konnte. Die Agitation wurde durch eine große Anzahl Werkstudenversammlungen, insbesondere aber durch die Hausagitation zu beleben versucht. Der Arbeitsnachweis wurde von 395 Kollegen und 110 Kolleginnen in Anspruch genommen, denen nur zu einem recht kleinen Teile Arbeit nachgewiesen werden konnte. Die Tarifkommission hatte eine außergewöhnliche Regsamkeit zu entfalten, sie ist erfolgreich im Interesse einer einheitlichen Tarifeinhaltung tätig gewesen, hat aber noch hin und wieder darüber zu Klagen gehört, daß ihr aus einzelnen Betrieben Tarifverletzungen absichtlich verschwiegen wurden. Die Verbandskasse hatte eine Einnahme von 38725,37 Mk. Die Lokalfasse hatte eine Einnahme von 7779,47 Mk., verausgabte 6124,31 Mk., so daß ein verfügbares Lokal-

vermögen von 65 792,64 Mk. verbucht werden konnte. Der Sachverwalter hatte eine Zunahme von 13 männlichen und 41 weiblichen Mitgliedern. Es gehören ihm jetzt 1433 männliche und 416 weibliche Mitglieder an. Aus der Sachverwalterkasse wurden 3906,75 Mark für Arbeitslosenunterstützung aufgewendet. Das Vermögen der Kasse beträgt 46 381,68 Mk. Die Bibliothek wurde in der Berichtperiode wieder stark in Anspruch genommen, sie konnte insgesamt 2547 Bücher ausleihen und versüßte über einen Bestand von 2614 Bänden. Im allgemeinen war das vergangene Quartal ein solches großer Arbeitslosigkeit. Dafür spricht die Summe von 14 119,50 Mk., die aus der Zentral-, Lokal- und Sachverwalterkasse für Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt werden mußte, eine Summe, die bisher in Leipzig auch nicht annähernd für diesen Zweck zu operieren war. Ein Antrag fand Zustimmung, nach dem im Jahresbericht alle Darlehensinhaber mit der noch vorhandenen Schuldsumme veröffentlicht werden sollen. Ebenso wird die nachträgliche Bewilligung zur Anschaffung einer zweiten Schreibmaschine für das Bureau ausgesprochen.

Es wurde des weiteren noch auf die statistischen Fragekarten aufmerksam gemacht und darauf verwiesen, daß es die Leipziger Kollegenschaft als Pflicht betrachten müsse, denselben ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ebenso wurde auf die Bewegung bei der Firma Julius Klindhardt eingegangen, die mit einem vollen Erfolg gedeutet habe. Die dortigen Kollegen und Kolleginnen hätten nun die Pflicht, die Einführung des Tarifes streng zu überwachen und der Verwaltung Mitteilung zu machen, falls irgend welche Beschwerden darüber zutage treten sollten.

Unter dem letzten Punkte der Tagesordnung wurde der hygienischen Verhältnisse in den Werkstätten gedacht und hervorgehoben, daß in dieser Beziehung noch sehr viel zu wünschen übrig bleibe. Das Scheuern des Fußbodens wird nur selten, in manchen Betrieben aber überhaupt nicht vorgenommen ganz zu schweigen von den Handtüchern, von denen eins mitunter von 30, 40 und noch mehr Personen in Anspruch genommen werden muß. In dieser Beziehung ist sehr zu wünschen, daß sich der Verbandsvorstand einmal darum bemühe, eine einheitliche Statistik für ganz Deutschland zur Durchführung zu bringen.

Eine längere Debatte entspann sich dann noch darüber, daß es einzelne Betriebe für richtig befanden haben, an dem Vorabend zum Reformationsfest bloß arbeiten zu lassen, ohne aber nach geleisteter 7/8-tägiger Arbeitszeit die erhöhten Prozentzuschläge zu bezahlen, welche für die Vorabende von Festtagen und für die Sonnabende vorgesehen sind. Es sei Pflicht der davon betroffenen Kollegen und Kolleginnen gewesen, unter solchen Umständen die Arbeiterhunden zu verweigern. Von der Verwaltung wurde eingewendet, daß zur Schlichtung dieser Differenz bereits das Tariffriedensgericht angerufen worden ist, leider ist es aber zu keiner Entscheidung im Sinne der Gehilfen gekommen, so daß sich nun das Tarifamt mit der Angelegenheit beschäftigen müsse. Die Entscheidung des letzteren soll beschleunigt und zur endgültigen Stellungnahme evertuell eine Versammlung für Sonntagvormittag einberufen werden. Des ferneren wurde auf die Verhältnisse in den kleinen Betrieben aufmerksam gemacht und gewünscht, diese ganz besonders im Auge zu behalten, um auch dort dem Tarife immer mehr Beachtung zu erwirken.

Vor Eintritt in die Tagesordnung war das Andenken der verstorbenen Mitglieder Pauline Weit, Elisabeth Müdel, Albert Hoffmann und Edmund Weber in üblicher Weise gelehrt worden.

Rundschau.

Zur Teilnahme am Internationalen Kongreß wurde durch unseren Verbandsvorstand Kollege Kloth bestimmt. Der Kongreß findet bekanntlich am 24. November in Basel statt.

Unter einer außerordentlich großen Arbeitslosigkeit haben schon seit längerem die Buchdrucker zu leiden. Jetzt sieht sich der Vorstand des Buchdruckerverbandes veranlaßt, vom 1. Januar ab den wöchentlichen Beitrag um 10 Pf. zu erhöhen. Die Ursache für die außergewöhnliche Arbeitslosigkeit wird — ganz wie bei uns — in der technischen Entwicklung gesehen, die immer mehr menschliche Arbeitskräfte überflüssig macht.

Ueber große Tarifforderungen im Holzgewerbe berichtet die Tagespresse. Für 50 000 Beschäftigte in 53 Städten hat der Arbeitgeberverband der Holzindustrie die Tarifverträge zum 15. Februar 1913 gekündigt. Seit Wochen und Monaten garte es in beiden Lagern, da bis zum 15. November die Entscheidung fallen mußte, ob die vor dem Ablauf stehenden Verträge zum 15. Februar gekündigt werden sollten oder nicht. Zu dem Zweck haben wiederholt Beratungen und Konferenzen der Parteien unter-

sich stattgefunden und je näher der Kündigungsstermin herantam, desto größer wurde die Spannung, da im Anbetracht des großen Umfangs der diesmaligen Bewegung für beide Teile sehr viel auf dem Spiele steht. Doch zunächst ist einmal mit der gegebenen Tatsache zu rechnen: Der Zentralvorstand des Arbeitgeberverbandes hat von oben herab alle Verträge gekündigt. Und wenn auch zunächst mancher Unternehmer über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit dieses Beginns seine eigenen Gedanken haben mag und seinem Zentralvorstand darüber die Freundschaft am liebsten endgültig kündigen möchte, so dürfen die Holzarbeiter auf diesen Umstand doch keine Hoffnung bauen, denn im Laufe der Verhandlungen weiß der Schutzverband seinen Mannen schon die „richtige Stimmung“ beizubringen. Und wenn es schließlich zum offenen Kampf gegen die Arbeiter kommt, sind sich die Unternehmer gar bald wieder einig.

Die durch die Unternehmer inszenierte Bewegung erstreckt sich auf folgende Orte: Amberg, Bamern, Berlin einschließlich 45 Vororte, Bernau, Beuthen, Brandenburg, Braunschwieg, Bromberg, Burg l. M., Danzig, Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Eberswalde, Erfurt, Görlitz, Göttingen, Greifswald, Guben, Gr.-Schönau, Halle, Hannover, Harburg, Hildesheim, Högst, Kattowik, Kiel, Köln a. Rh., Königshütte, Kray bei Essen, Krefeld, Langensl., Leipzig, Lübbenau, Lübeck, Rineburg, Rudenwalde, Magdeburg, München, Neisse, Oldenburg, Posen, Potsdam, Quedlinburg, Rendsburg, Spandau, Stettin, Stargard i. P., Schwerin, Uelzen, Thorn, Zeitz und Zittau.

In allen diesen Orten stehen die Arbeiter wie Unternehmern vor jetzt ab in der ungewissen Erwartung: wird es am 15. Februar zum allgemeinen Kampf kommen? So nahe auch die Gefahr eines derartigen Kampfes liegen mag, für die organisierten Holzarbeiter liegt keine Ursache vor, sich vor den Konsequenzen zu fürchten oder ängstlich zurückzuziehen, hinter ihnen steht der Deutsche Holzarbeiterverband mit 200 000 opferbereiten Kämpfern und einer gut fundierten Kriegskasse. Aber etwas anders ist es mit den Nichtorganisierten! In diese richtet sich angesichts der bevorstehenden Kämpfe der Ruf, sich in die geschlossene Kampferkammer einzureihen und dadurch den Sieg der Arbeiter zu verbürgen!

Ein einfaches Mittel, Streiks oder Sperren aufzuheben, hat das Landgericht in Hamburg angewandt. Es hat eine „einstweilige Verfügung“ erlassen, in der dem Verband der Schneider aufgegeben wird: 1. Die Sperre über das Geschäft des Antragstellers aufzuheben und die Streifposten zurückzugeben, 2. die Veröffentlichung einer Annonce mit dem Inhalt, daß über das Geschäft des Antragstellers wegen Vertragsbruchs die Sperre verhängt ist, zu unterlassen. Der Verband der Schneider hat gegen diese „einstweilige Verfügung“ den vorgeschriebenen Rechtsweg beschritten.

Streiks mit Stumpf und Stiel auszurotten —! Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ vermerkt natürlich mit innigem Behagen das Vorgehen der bayrischen Regierung gegen den Süddeutschen Eisenbahnerverband. „Mit Stumpf und Stiel“ sollen nach diesem Unternehmerblatt „revolutionäre Tendenzen“ ausgerottet und „nicht im leichtesten“ gebuldet werden. „Hier geht es für Staat und Volk, um Sein oder Nichtsein und es wäre Selbstmord, wollte man nicht einmal hier mit eiserner Faust zupacken“, so legt das Gebblatt in bekannter Art los. Ihm scheint aber überdem die Gelegenheit günstig, gleich „auf Ganze“ loszugehen. Hören wir: „Es soll gewiß nicht zum Prinzip erhoben werden, daß den gemeinlichen Staatsbetrieben ein besonderes Recht hinsichtlich der Arbeiterfrage eingeräumt wird. Muß sich der private Unternehmer seiner Haut wehren, so mag auch der Staat an eigenen Leibe spüren, wohin die moderne Sozialpolitik geführt hat. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig! Kommt die Regierung zur Einsicht, daß ein ordentlicher Betrieb nicht mehr aufrechtzuerhalten ist mit einer im Banne der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften stehenden Arbeiterschaft, so muß sie natürlich die Konsequenzen dieser Einsicht nicht nur für sich allein, sondern für die Gesamtheit ziehen, denn schließlich kann im übrigen der Staat natürlich leichter mit allerhand Schwierigkeiten fertig werden als der einzelne Unternehmer, der dem Terrorismus der Genossen und ihrer Anhängerschaft ohne die Machtmittel, die dem Staat zur Verfügung stehen, preisgegeben ist. Wo aber, wie im obigen Falle, nicht nur das allgemeine Verkehrsweesen, sondern sogar der Bestand und die Sicherheit des ganzen Landes auf dem Spiele stehen, da wird man natürlich auch besondere Maßnahmen nicht nur gut heißen, sondern sie mit aller Entschiedenheit sogar fordern müssen!“

„Bestand und Sicherheit des ganzen Landes“ stehen ja nach dem Geschrei der Unternehmer bei

je dem größeren Streik auf dem Spiel, also her mit der eisernen Faust, die die Streiks allgemein mit Stumpf und Stiel ausrötet!

Das sollten sich besonders die Zentrumschriften merken, deren „geduldet“ Führer sich ja den diversen Regierungen und ihren Geheimen Räten förmlich anbetteln mit ihrem Streikberzocht, und die glauben machen wollen, daß die Zentrumschriften ein noch sichererer Schutzwall vor Lohnbewegungen und ihren möglichen Folgen seien als selbst die Inorganisierten! Weshalb die p. t. Regierungen doch nur ja die „Christen“ dulden möchten usw. im unwürdigen Text. Gibt man aber dem Kapital den Finger, so wird gleich die ganze Hand mitgerissen, wie die Arbeiter an der Folgerung, die die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ zieht, wieder sehen.

K. K. Mitwirkung der Konsumvereine bei der Bekämpfung der Teuerung. Die Konsumvereine tragen nicht nur dauernd durch ihre Tätigkeit zur Milderung von Notständen bei, indem sie sich bemühen, alle Lebensmittel tunlichst billig an ihre Mitglieder abzugeben, sondern sie versuchen auch, soweit das in ihren Kräften steht und im Rahmen ihrer Tätigkeit möglich ist, der gegenwärtig herrschenden Ausnahmeteuern entgegenzuwirken. Das geschieht einmal dadurch, daß fast überall die Differenz zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis, soweit irgend zugänglich, verringert worden ist und ferner auch dadurch, daß man für bestimmte Massenartikel den Mitgliedern ungenügend günstige Bedingungen zu schaffen versucht. So hat eine große Anzahl von Konsumvereinen den Bezug billiger Kartoffeln, billiger Kohlen und anderer Feuerungsmittel, billiger Gemüße und anderer im täglichen Haushalt unentbehrlicher Gegenstände organisiert. Größere Konsumvereine sind bereits im vorigen Jahre dazu übergegangen, Seefische in großen Quantitäten den Mitgliedern zum Verkauf anzubieten und zwar zu wesentlich billigeren Preisen, als sonst üblich. Dieses dankenswerte Vorgehen hat Nachahmung gefunden. So hat beispielsweise die Berliner Konsumgenossenschaft die Zufuhr von Seefischen organisiert, die sehr billig abgegeben werden, noch billiger, als die von den städtischen Behörden bezmittelten. Des weiteren machte die Berliner Konsumgenossenschaft den Versuch, die Behörden zu veranlassen, auch den organisierten Konsumisten die Wohltat nutzbar zu machen, die durch die Öffnung der Grenzen für Fleisch und Vieh und die Gewährung von Ausnahmetarifen geschaffen wird. Diese Vergünstigung muß, wenn anders das Vorgehen gegen die Teuerung überhaupt einen Sinn haben soll, den minderbemittelten Volksschichten zugute kommen. Zu diesen gehören unzweifelhaft die Mitglieder der Konsumvereine in ihrer übergroßen Mehrheit. Es müßte daher eigentlich ganz selbstverständlich sein, daß der Frachtnachlaß auch den Konsumvereinen gewährt würde, die sich bereit erklären, ihren Mitgliedern billige Seefischzubereitung zu verschaffen. Aber die preussische Regierung hat eine andere Auffassung von ihren Aufgaben im Kampfe gegen den herrschenden Notstand. Die Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgegend hat auf ihr Gesuch, auch ihr den Frachtnachlaß zu bewilligen, von der Eisenbahndirektion einen abschlägigen Bescheid bekommen. Diese steht in den Konsumvereinen keine gemeinnützigen Organisationen. Auf diese Weise wird also für viele Hunderttausende von bedürftigen Konsumisten die Wirkung der Maßnahmen einfach aufgehoben, und diese Maßnahmen, die ohnehin nur einen recht problematischen Wert haben, werden dadurch noch wertloser. Das wird sicher dazu beitragen, die in weiten Kreisen des Volkes herrschende Ueberzeugung, daß es der Regierung mit ihrem Kampfe gegen die Teuerung überhaupt nicht recht ernst sei, zu befestigen.

Die Berliner Konsumgenossenschaft hatte weiter an alle Gemeindebehörden Groß-Berlins das Ersuchen gerichtet, ihr den Fleischverkauf mit zu übertragen. Sie war bereit, auf irgendwelches Geschäft bei dem Fleischverkauf zu verzichten, da sie genau wie beim Fischverkauf ihren Mitgliedern lediglich für geringes Geld Ersatz für das teure inländische Fleisch geben wollte. Diesem Ersuchen ist nur von zwei kleinen Vorortgemeinden stattgegeben worden, während Berlin und die größeren Vororte für die Berechtigung des Verlangens der organisierten Konsumisten kein Verständnis zeigten. Gerade die genossenschaftlich organisierten Konsumisten haben einen Anspruch darauf, daß ihnen auch in diesem Falle der Vorteil des zweckmäßig organisierten Warenbezugs zuteil werde. Die Stadtverwaltung zu Altona ist so verständig gewesen, dieser berechtigten Forderung der Konsumisten Rechnung zu tragen. Die von den städtischen Kollegien eingesetzte Teuerungskommission hat zu ihren Beratungen auch einen Vertreter des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“ hinzugezogen, ist also auf alle Fälle

auch gewillt, diesen Konsumverein bei der Verteilung des billigeren Fleisches, das aus Dänemark bezogen werden soll, zu berücksichtigen. Selbstverständlich hat sich die „Produktion“ bereit erklärt, falls Fleisch aus Dänemark eintreffen sollte, dieses unter den noch festzusetzenden Bedingungen in ihren Fleischläden zu vertreiben. Es könnte sicherlich durch die öffentlichen Organe zur Bekämpfung des herrschenden Notstandes noch manches geschehen, wenn die Behörden sich entschließen könnten, die absolut unbegründete Abneigung gegen die Organisationen der Konsumisten zu überwinden. All die bescheidenen Versuche, die heute von jener Seite aus unternommen werden, liefern den untrüglichen Beweis, daß dauernd Nützlicheres nur geleistet werden kann, wenn der Konsum nicht für den Augenblick, sondern eben für die Dauer organisiert wird. Es geht nun einmal nicht ohne Konsumistenorganisation. Wenn diese Einsicht in den beteiligten Kreisen Platz greifen würde, so wäre das ein Erfolg des gegenwärtigen Teuerungszustandes, der die Wirkungen desselben bis zu einem gewissen Grad ertäglicher machen würde. Sache der organisierten Konsumisten wird es sein, überall mit der nötigen Energie auf diese Tatsache hinzuweisen und die Stadtvertretungen und sonstigen behördlichen Organe auf die Tätigkeit der Konsumgenossenschaften aufmerksam zu machen, die bemüht und mit wachsendem Erfolg auf dem Gebiete tätig sind, auf dem die Behörden vorläufig nur die ersten tastenden Versuche machen.

K. K. Fortschritte der Konsumvereinsbewegung. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird das Jahr 1912 den Konsumvereinen, welche dem Zentralverband angeschlossen sind, einen Erfolg bringen, wie er bisher noch nicht erlebt wurde. Noch in keinem Jahr ist der Zustrom von neuen Mitgliedern zu den Konsumvereinen ein so starker gewesen wie im laufenden. In fast allen Vereinen ist ein geradezu rapides Steigen der Mitgliederzahl zu konstatieren. Hand in Hand hiermit geht ein sprunghaftes Anwachsen des Umsatzes.

Dieses Resultat ist ein hocherfreuliches. Es beweist einmal, daß der Genossenschaftsgebante sich stetig Bahn bricht, und daß die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Konsumistenorganisationen in immer weiteren Volksteilen anerkannt wird. Es bürgt aber auch dafür, daß die Vorteile der Konsumistenorganisationen den breiten Massen des Volkes in weit ausgedehnterem Maße noch, als bisher, zugute kommen werden. Die Stärkung der Organisation und das Anwachsen der Mitgliederzahl und des Umsatzes ermöglichen noch weit größere Leistungen, als die Konsumvereine bislang zu bieten vermochten. Sie ermöglichen vor allem aber auch eine raschere Ausdehnung der Eigenproduktion, die gleichfalls im letzten Jahr überall große Fortschritte gemacht hat.

Die Wohnungsnot einer Großstadt. Eine vom Sozialen Museum in Frankfurt a. M. herausgegebene Denkschrift behandelt die Wohnungsnot in dieser Stadt, ihre Ursachen und ihre Abhilfe. Wir entnehmen ihr einige Angaben von allgemeinem Interesse. Daß Frankfurt mit die höchsten Mieten in ganz Deutschland aufweist, ist bekannt. Für eine Zweizimmerwohnung mit Küche müssen jährlich 460 bis 540 M. ausgegeben werden. In den luft- und lichtlosen Gassen der Altstadt, in Altsachsenhausen usw. sind freilich solche Wohnungen schon für 300 bis 360 M. zu haben. Dafür steigt aber in einzelnen Fällen der Preis bevorzugter Zweizimmerwohnungen bis auf 600 M. jährlich.

Als Folge der hohen Mietpreise ergibt sich, wie auch anderwärts, die steigende Notigung der Frauen zum Mitterwerb, das Weitervermieten an Zimmermieter und Schlafburgen mit seinem ganzen Gefolge physischer und sittlicher Schädigungen, oder, wie der Bericht bemerkt, die nicht wegzuleugnende Tatsache, daß eine Anzahl fleißiger, ständig beschäftigter, ungelerner Arbeiter mit großer Familie fortbauern deshalb unterstützt werden, weil sie den hohen Mietzins nicht aufzubringen vermögen.

Die Ursache der Mietsteigerung ist hier wie überall in den Produktionskosten der Wohnungen gegeben. Die Bauplätze sind von 1897 bis 1906 in einzelnen Stadtteilen um ein Vielfaches, in allen aber so wesentlich gestiegen, daß der früher vorwiegende Kaufpreis von 20 M. und weniger für den Quadratmeter nur noch eine geringfügige Rolle spielte, während der früher selten vorkommende Preis von 50 M. und mehr für den Quadratmeter die Regel geworden ist.

In den letzten Jahren ist, wohl infolge einer 1910 erlassenen milderen Bauordnung, ein Preisstillstand, in manchen Bezirken der inneren Stadt selbst ein gewisser Preisrückgang eingetreten. Fast alle Sachverständigen machen den Mangel an bau-

reifen Gelände für den hohen Preisstand der Bauplätze verantwortlich. Einen Mangel, darin begründet, daß sich ein großer Teil (88 Proz außer Stadtwald) in den Händen des Großgrundbesitzes befindet. Ein anderer Teil gehört den Gärtnern, die darum nicht veräußern, weil sie aus ihrem Grundbesitz bei intensiver Kultur eine hohe Rente ziehen.

Erschwerend und verteuern auf den Wohnungsbau wirken ferner die freilich im Interesse der Einwohner geschaffenen Vorschriften über beschränkte Bebauung (nur bis zu 50 Proz. der Grundfläche auch in der ärmeren Zone), die Steuern und Gebühren (Wertzuwachssteuer, Umfasssteuerstempel z.), die Abtretung von Gelände für Straßen (die Verkehrsstraßen in den neuen Vierteln sind teils 36 und mehr Meter, teils 18 bis 20 Meter breit, die Wohnstraßen vielfach 14 Meter breit angelegt), die hohen Straßen- und Kanalisationsbeiträge usw.

Zuletzt aber nicht an letzter Stelle wirken die gestiegenen Bauarbeiterlöhne und Baumaterialienpreise, einschließlich gesteigerter Unternehmensgewinne, bei der Verteuerung der Wohnungspreise mit. Im Jahre 1880 bezahlte der Maurer etwa 28 Pf. pro Stunde, der Zimmermann 30 und der Dachdecker 35—40 Pf. Für 1911 betragen die Sätze etwa 61, 65 und 70 Pf. Wir wissen, daß diese außerordentliche Lohnsteigerung keineswegs einer ebenso gesteigerten Lebenshaltung entspricht. Der weitaus größte Teil dieser Lohnsteigerung wird aufgezehrt durch gestiegene Wohnungs- und Lebensmittelpreise, durch das also, was eine hohe Regierung einen „erfreulichen Zustand“ nennt, was aber in Wirklichkeit die chronische Unterernährung, sowie Wohnungsnot und Wohnungselend für Millionen von Volksgenossen bedeutet.

Als Abhilfsmittel bringt die Denkschrift in Vorschlag: Unterstützung des Kleinwohnungsbaues durch Gewährung reichlichen und billigen Baulandes an gemeinnützige Baugenossenschaften und Gesellschaften, denen ferner das Bauen durch billiges Bau- und Hypothekengeld, Erleichterungen in der Bauordnung, im Bebauungsplan, bei der Straßenherstellung, durch Ermäßigung der Steuern und Gebühren durch die Kommunen erleichtert werden sollte. Man kann sich diesen Vorschlägen, denen noch der Ausbau des Erbbaurechtes zugesellen wäre, nur anschießen und ihre Uebertragung auf andere Gemeinden empfehlen. „F. S.“

Lohnföndung kann nur erfolgen bei Staats- und Gemeindesteuern, die nicht länger als drei Monate rückständig sind, und für Unterhaltsbeiträge an Ehegatten und Verwandte in gerader Linie. In diesen Fällen muß dem Arbeiter der zum Lebensunterhalt für sich und seine Familie absolut notwendige Betrag gelassen werden. Ueber die Höhe dieses Betrages sind die Gerichte sehr verschiedener Meinung. Es ist schon vorgekommen, daß ein Betrag von 17 M. wöchentlich als ausreichend zum Unterhalt für Mann, Frau und ein Kind angesehen wurde. Wie nun eine Familie mit diesem geringen Betrage bei den jetzigen Miets- und Lebensmittelpreisen auskommen soll, ist ein Rätsel, das jedenfalls die Gerichte nicht lösen werden.

Andera ist es mit der Lohnbeschuldigung durch einen Privatgläubiger. Hier kann nur der jährlich 1500 M. übersteigende Lohn gepfändet werden. Für Saisonarbeiter ist es man wichtig, wie der Betrag von 1500 M. Jahresverdienst eigentlich pro Woche berechnet werden muß. Leider kommt es sehr oft vor, daß das Gericht einfach schreibt: 52 Arbeitstagen geteilt in 1500 M. macht pro Woche 28,80 M. Dieser Betrag muß dann dem Arbeiter unbedingt gelassen werden und bekame der Gläubiger nur den überschüssigen Betrag. Verdiente der Arbeiter 33 M. in der Woche, so könnte der Gläubiger sich 4,20 M. abholen. Dies ist ein unglücklicher Standpunkt, weil zum Beispiel in unserem Beruf fast niemals mit 52 vollen Wochen gerechnet werden kann. Sehr viele Gerichte haben aber dafür kein Verständnis, und den Schaden hat natürlich der Arbeiter. Da das Gesetz von Jahreslohn spricht, muß daher der Verdienst des ganzen Jahres in Betracht gezogen werden. Aus diesen Gründen ist die nachstehende Entscheidung des Landgerichts Frankfurt a. M. für die Arbeiter sehr wichtig. Ein Bauarbeiter schuldete einer Firma für Waren den Betrag von 75 M. Bei der Unpfordbarkeit des Schuldners wurde die Lohnbeschuldigung erwirkt. Das Amtsgericht nahm an, daß der Betrag von 125 M. pro Monat ausreichend sei und ordnete an, daß der Lohn des Schuldners, soweit er monatlich 125 M. übersteigt, gepfändet werde. Gegen diesen Beschluß wurde sofort Beschwerde erhoben und ausgeführt, daß unmöglich der Betrag von monatlich 125 M. angenommen werden könne, weil der Arbeiter keine 52 Wochen im Jahre Arbeit habe und daher auch keine 125 M. durchschnittlich im Monat verdiene. Das Landgericht gab dem Beschwerdeführer recht und hob die Lohnpfändung als unzulässig auf.

In der Begründung des Beschlusses wird dann weiter ausgeführt: „Nach den durch die Beschuldigung des Arbeitgebers glaubhaft gemachten Behauptungen des Schuldners verdient er kurz: it, d. h. bei sommerlicher Vollbeschäftigung mit 1/2stündiger täglicher Arbeitszeit, einen Wochenlohn von 31,23 Mk. Der sich hiernach ergebende Monatslohn kann aber infolgedessen nicht als Grundlage für die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes dienen, als seine Verzweifachung das tatsächliche Jahreseinkommen des Schuldners erheblich übersteigen würde. Denn es ist allgemein bekannt und daher auch den Angaben des Schuldners zu glauben, daß er, wie es in der Natur des Gewerbes liegt, in den Wintermonaten infolge der durch das Tageslicht bedingten Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf acht und sieben Stunden erheblich weniger verdient und einige Monate infolge der Witterungsverhältnisse sogar ohne Arbeit und Verdienst ist. Nimmt man danach eine sechsmonatige tägliche Beschäftigungszeit zu 1/2 Stunden und je eine zweimonatige zu acht und sieben Stunden und endlich einen Zeitraum von zwei Monaten ohne Beschäftigung und Verdienst an, so würde der Verdienst des Schuldners ein Jahreseinkommen von 1500 Mk.,

wie es das Lohnbeschlagnahmegericht als Minimum der Pfändung nicht unterworfener Lohnforderung festsetzt, bei weitem nicht erreichen, selbst dann nicht, wenn man annehmen würde, daß der Schuldner in den beiden arbeitslosen Monaten durch anderweitige Tätigkeit gegen einen entsprechenden Tagelohn bis zur Höhe von 3 Mk. verdienen würde. Da aber nach dem Gesetz das tatsächliche Jahreseinkommen des Schuldners, nicht aber die monatliche Quote dieses Jahresverdienstes des Schuldners für die Unpfändbarkeit in Betracht kommt, so war wie geschehen zu erkennen.“

Diese Entscheidung ist sehr zu beachten.

Millionenschadenersatzklage. Vor dem Vielesfelder Landgericht wurde dieser Tage in dem letzten Teil der Millionenschadenersatzklage, welche aus dem ungünstigen Geschäftsgange der Wefermühlen-A.-G. in Hameln hervorgegangen ist, das Urteil verkündet. Es handelt sich um die Klage des Kommerzienrats Westhorn (Mischerleben) gegen einige Mitglieder des Aufsichtsrates und die A.-B. Diskontogesellschaft in Vielesfeld. Die Forderung belief sich auf 449 000 Mk.

Das Gericht wies die Klage ab. Die Kosten wurden dem Kläger auferlegt. Der Einfluß der Millionen der Westhorn nimmt ab mit der geographischen Entfernung und Vielesfeld liegt eben nicht in der Nähe von Mieserleben.

Literarisches.

Tschechisches Tageblatt. Die tschechischen Zentralisten — so genannt im Gegensatz zu den Separatisten, die die Zersplitterung der Arbeiterbewegung auf ihre Fahne geschrieben — haben ein tschechisches Tageblatt herausgegeben. Um dieses Blatt und damit die ganze zentralistische Bewegung unter den Tschechen zu fördern, erucht die Generalkommission alle in Deutschland lebenden Tschechen, auf dieses Tageblatt zu abonnieren. Das ist um so notwendiger, als die Separatisten eine nachhaltige Agitation entfalten und in ihren Zeitungen die nationalistische Hege fördern. Die neue zentrale Tageszeitung soll ein Gegengewicht hierzu bilden, das von allen denjenigen gefördert und gestützt werden muß, denen die zentrale Bewegung am Herzen liegt. Wir eruchen auch unsere tschechischen Berufsgenossen, das neue Blatt durch Abonnement zu unterstützen.

ANZEIGEN

Zahlstelle Berlin.
Jugend-Abteilung.

Sonntag, den 1. Dezember,
nachmittags 4 Uhr,
im Bureau, Engelauer 15, 2. Etage,
Zimmer 89/40:

Jugend-Versammlung.

Tagesordnung:
Vortrag über: **Gerhart Hauptmann.**
Verschiedenes und Geselligkeit.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Jugendausschuß.

Unsern lieben Kollegen
Louis Berle
zu seinem 25jährigen Verbandsjubiläum
die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Duisburg-Ruhrort.

Ihrem lieben
Fritz Kober
und seinem teuren Lottchen zur
Belobung die herzlichsten Glück-
wünsche.
Berlin. Stammtisch im „Blauen Affen“.

Unsern lieben Kollegen und Vorstehenden
Richard Ender
zu seiner Abreise von hier ein herz-
liches Lebewohl.
Zahlstelle Trier.

Ein Buchbinder,

der mit der ganzautomatischen Galz-
maschine (Preuße & Co.) völlig ver-
traut ist, per sofort gesucht.

Böttcher & Bongartz,
Leipzig.

Gesucht tüchtiger Buchbinder,
der auch perfekter Goldschmiedemacher
(Gesangbücher) ist. Eintritt sofort oder
25. Novbr. Dankende Stellung. Offerten
mit Lohnanspr. an die Ann.-Exp. Feinr.
Gisler, Hamburg 3, unter D. 4888.

Buchbinder,
Mindestgröße 1.68 m, stellt als Zwei-
jährig-Freiwilligen Herbst 1913 ein
Garde-Train-Bataillon, Berlin-Tempelhof.

Gebräuchte aber gut erhaltene
Papierschnidemaschine,
zirka 80 cm Schnittfläche,
1 Pappdeckelschere
zu kaufen gesucht. Off. unt. D. 519.

**Statistische Erhebungen über
Lohn- und Arbeitsverhältnisse**

in Buchbindereien, Kontobuchfabriken, Einzier-
anstalten, Album-, Etuis-, Kartonnagen-, Galanterie-
und Lederwaren-, Luxuspapier- und Papierwaren-
fabriken und ähnlichen Betrieben in Deutschland

Aufgenommen im November 1910

Mit einer Einleitung über die Ausbreitung der Buch-
binderei und Kartonnagenfabrikation nach der amtlichen
Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907

Preis für Mitglieder 1,30 Mk., für Nichtmitglieder 6,30 Mk.
Zu beziehen durch die Expedition, Berlin S. 59, Urbanstr. 63, I.

Glas-Christbaumschmuck



aus erster Hand, in nur denkbar feinsten Ausführung,
immer das Neueste und Schönste, franko gut verpackt
gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des Be-
trages. Sortimente, sehr reichhaltig zusammengestellt,
von 4 Mark an. Für Händler und Vereine Extra-
Sortimente von 10 Mark an und höher. Da jetzt
Arbeitsmangel herrscht, bin ich gezwungen, meine Waren,
welche ich selbst fabriziere, direkt an den Mann zu
bringen und bitte Kollegen und Vereine bei Bedarf von
Christbaumschmuck mich berücksichtigen zu wollen.
Als Rabattvergünstigung füge jeder Bestellung **Gratis-
geschenke** bei und richten sich diese nach Größe
des Auftrages. Preisliste herrlichster Neuheiten um-
sonst und portofrei.

Max Heumann, Lauscha (S.-M.) 36

Mitglied des Glasarbeiter-Verbandes.

Lohntarif für Buchbinderarbeiten

Preis für Mitglieder 1,— Mk. einschließlich Porto (bei Partie-
bezug ermäßigt sich das Porto), für Nichtmitglieder 3,20 Mk.

Separat-Auszug für Mädchen-Arbeiten

Preis für Mitglieder 50 Pf. einschließlich Porto
für Nichtmitglieder 1,10 Mk.

Für jeden Berufsgenossen von hohem Wert ist die

**Geschichte des Deutschen Buchbinder-Verbandes
und seiner Vorläufer**

Preis für Mitglieder 2,30 Mk. einschließlich Porto
Preis für Nichtmitglieder 3,30 Mk. einschließlich Porto
Zu beziehen durch die Expedition, Berlin S. 59, Urbanstr. 63, I.

DIE GARANTIE DES LAIEN

Die Garantie des Laien für vorteil-
haften Einkauf ist der direkte Bezug
vom erfahrenen Fachmann und Spezial-
listen. Zu Wenige wissen es
noch! Interessante Aufschlüsse
hierüber, für jedermann wertvoll
und belehrend, enthält der soeben
erschienene, reich illustrierte Welt-
nachtskatalog, der an Interessenten
völlig un berechnet und portofrei
versandt wird. Fordern Sie ihn,
der Information wegen, gelegentlich
ein, das Studium ist auf alle Fälle
lohnend und kostet Sie nichts!
Hollweller Bender, Abteilung Ver-
sand, Vertragslieferant vieler Kor-
porationen und grosser wirtschaf-
tlicher Vereinigungen für Schweizer
und Glashütter Uhren, moderne
Gold- und Silberwaren, neuartigen
Schmuck, Juwelen etc., geg. Bar oder
Erleichterte Zahlung
Wiesbaden E. 244.



Lieferung ganzer Einrichtungen
für Buchbinderladen u. -Werkstatt
O. Th. Winckler, Leipzig

Inserate finden nur
Aufnahme
wenn ihnen der Betrag
beigefügt ist.